

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.40. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Reizzeile oder deren Raum 15 Pf., für Verammlungs-, Verfalls- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Interate für die nächste Nummer müßte bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 127.

Dienstag, den 4. Juni 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Bürgerchaftswahlen und die Sozialdemokratie.

II. Das Bürgerrecht.

Schon aus unserem ersten Artikel ging zur Genüge hervor, daß der Klügel, jene kleine Sippe, welche sich anmaßt, die 81 000 Einwohner der freien und Hansestadt zu terrorisieren, diese Macht nur ausüben kann, weil er es verstanden hat, durch das 28 Mark-Wahlrecht den größten Theil der Bevölkerung von der Theilnahme an den staatsbürgerlichen Geschäften auszuschließen. Ist es nicht ein geradezu schmerzlicher Zustand, daß lediglich rund 4500 Bürger befragt werden, über das Geschick von 81 517 Einwohnern zu bestimmen? Bei den Reichstagswahlen, wo das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht mit den bekannten nur geringen Einschränkungen gilt, gab es beim letzten Male 19 695 wahlberechtigte Personen, also fast viermal so viel Tausende von Personen, die man für mündig hält, ihre Stimme in die Waagschale zu werfen, wenn es sich um Reichsangelegenheiten handelt, sind zur politischen Unmündigkeit verdammt, sobald vaterländische Interessen in Frage kommen!

Unlängst wurde in einem hiesigen Blatte, das wegen seiner Schenkelpolitik in allen politischen Fragen zur Genüge bekannt ist, in patriotischem Ueberschwang darauf hingewiesen, daß die Freie Stadt Lübeck das nur denkbarste demokratische Wahlrecht besäße. Wir geben ohne Weiteres zu, daß das Lübecker Wahlrecht an sich weitgehenden demokratischen Ansprüchen genügt; nur hat das betr. Blatt offensichtlich vergessen hinzuzufügen, daß man in den Genuß dieses demokratischen Wahlrechts erst kommen kann, wenn man 28 Mark bezahlt hat. Für Leute, die aus dem Vollen leben können, ist es wohl leicht, diese 28 Mk. zu zahlen. Anders für den Mann aus dem Mittelstande, für den Arbeiter, kurz für den „kleinen Mann.“ Für ihn betragen 28 Mark nahezu den Verdienst von zwei Wochen im Jahre! Er muß — wenn er sich das Recht kaufen will, alle zwei Jahre einmal seine Stimme abzugeben — also seines Jahresverdienstes dafür aufwenden; das ist aber zu theuer, und deshalb ist es leicht begreiflich, daß die Zahl der Bürger trotz der nicht unwesentlichen Zunahme der Bevölkerung eher ab- als zunimmt. Der Kreis der wahlberechtigten ist über die Geschichte unseres Staatswesens zu bestimmen, verringert sich zusehends, absolut und auch relativ.

Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß die erzielten Ergebnisse für die Gewinnung des Bürgerrechts nur einen unbedeutenden Theil der Staatseinnahmen ausmachen. Der budgetmäßige Ansatz betrug in den beiden letzten Jahren ganze 6500 Mark, welche Summe meist nur ungenügend überschritten wurde. (1899/00: 6840 Mark.) Auf 6500 Mark in einem Budget, das in Einnahme und Ausgabe mit über sechs Millionen abschließt, keine wesentliche Rolle spielen, ist selbstverständlich, und die Summe ist sehr leicht auf eine andere Art und Weise wieder abzugeben. Das Bürgergeld an sich kann demnach unmöglich die pièce de résistance, das Hauptwiderstandsstück der kleingekleideten Bürger bilden. Wer nähere Untersuchungen anstellt, stößt denn auch auf den — Klügel, den wir bereits in unserem ersten Artikel bei Blicklicht gezeigt haben. Dieser ist sich sehr wohl bewußt, daß die Herabminderung der gar Aufhebung des Bürgergeldes eine weitaus größere Zahl von Bürgern und damit auch Wählern schaffen würde, daß es dann mit seiner bisher nahezu uneingeschränkt ausgeübten Macht „Matthäi am letzten“ wäre. Wir wollen uns daran erinnern, daß bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1898 allein 55,3 Prozent der gültigen und 44 Prozent der wahlberechtigten Stimmen sozialdemokratisch waren, während die Nationalliberale Partei, aus der sich der Klügel zumeist rekrutiert, nur 9,8 Prozent der gültigen Stimmen erzielte. Die Leute vom Klügel wissen nur zu gut, daß die Majorität der Bevölkerung Lübeck's sozialdemokratisch gesinnt ist, oder doch zum Mindesten sozialdemokratischen Anschauungen ein williges Ohr leiht. Und weil sie das wissen, und befürchten müssen, daß, wenn das Wahlrecht zur Bürgerchaft ebenfalls abgabenfrei wird, die Klügel der bisher innegehabten Macht ihnen aller Voraussicht nach entgleiten würden, — deshalb klammern sie sich an das 28 Mark-Wahlrecht, das weite Kreise der Bevölkerung ausschließt, das Bürgerrecht zu erwerben. Das Bürgerrecht ist also schließlich für die vaterländische Clique weniger eine Geldfrage, bei der das Staatswohl in Betracht zu ziehen wäre, als vielmehr eine reine Machtfrage. In früheren Jahrzehnten wäre es vielleicht möglich gewesen, daß der gewaltthätig zurückgekehrte Theil der Bevölkerung sein Recht event. durch Anwendung von Gewalt geltend gemacht hätte. Glücklicherweise sind wir darüber hin-

aus. So bleibt denn nichts weiter übrig, als zu warten, bis bei den jetzigen Gewalthabern die Vernunft siegt, was allerdings noch lange, recht lange dauern kann, denn wer einmal im Besitze der öffentlichen Gewalt ist, läßt sie so leicht nicht fahren; oder aber derjenige Theil der Bevölkerung, der augenblicklich nur Steuern zu zahlen, im Uebrigen aber „nig tau seggen“ hat, bietet seinen ganzen Einfluß auf, daß Leute in die Bürgerchaft gewählt werden, die modernen Ideen zugänglich sind, die jedem geben, was ihm gebührt, die „dem Dämon, der da drischt, nicht das Maul verbinden.“ Kurz: die jetzt vom Wahlrecht zur Bürgerchaft ausgeschlossen Steuerzahler haben nicht allein das Recht, sondern gerade zu die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß ein anderer Geist in die vom Klügel des Vaterstädtischen Vereins beherrschte Bürgerchaft einzieht. Das können sie dadurch, indem sie den Bürgerchaftswahlen nicht „Gewehr bei Fuß“ zusehen, sondern ebenso energisch wie jeder andere wahlberechtigte Bürger agieren, daß Männer einer freieren Auffassung in die Bürgerchaft ihren Einzug halten.

Die beste Gewähr dafür, daß etwas Anderes, Besseres an die Stelle tritt, bieten ihnen die von der sozialdemokratischen Partei demnächst aufzustellenden Kandidaten. Sie werden verpflichtet, für ein Programm einzutreten, dessen erster und allerwichtigster Punkt lautet: „Für die Wahl zur Bürgerchaft ist das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle über 21 Jahre alten Lübeckischen Staatsangehörigen zu fordern. Mit der Staatsangehörigkeit wird zugleich das Bürgerrecht erworben. Das Wahlrecht darf durch Empfang irgend welcher Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht aufgehoben oder beschränkt werden.“

Was die Sozialdemokratie hier fordert, ist nach dem Vorhergesagten durchaus nichts Unbilliges; sie verlangt lediglich, daß derjenige, der Steuern, viel Steuern zahlt, auch das ganz natürliche Recht besitzen soll, seine Stimme in die Waagschale bei der Auswahl der Männer zu werfen, die berufen sein werden, bei der Verathung über die Auflage etwaiger neuer Steuern usw. die Einwohnerschaft im heimischen Parlament zu vertreten.

Das freie Wahlrecht, ohne das beschwerende Bleigewicht der 28 Mark, sei das Zeichen, in dem wir gegen den Klügel zu Felde ziehen wollen!

Die Ermordung des Rittmeisters von Krojigt.

Dritter Verhandlungstag.

In der geheimen Sitzung am Donnerstag wurde, wie nachträglich bekannt wird, auch die Wittve des Ermordeten vernommen, ebenso, wie bereits erwähnt, der Vater des Angeklagten Marten, Wachtmeister Marten. Letzterer hat seine Aussage verweigert.

Die Sitzung am Freitag wurde am 10 1/2 Uhr eröffnet. Es findet die

Fortsetzung der Zeugenvernehmung

statt. Als erster Zeuge betradet Gezeiter Sumbries: Sofort nach dem Schuß traf ich den Unteroffizier Marten, welchem ich erzählte, daß der Rittmeister v. Krojigt erschossen worden sei. Er lagte darauf und rief, indem er mich am Arm faßte: „Du bist wohl verrückt?“ Marten schien mir angegriffen zu sein. Bei der Leichenschau legte er ein aufgeregtes Wesen an den Tag. — Zeuge Unteroffizier Griegat betradet, daß er sich bis zur Wundung des Unfalls in der Handwerkerstraße aufgehalten habe. — Präsi. und Hidel: Haben Sie Griegat verdächtigt? — Hidel: Ja, infolge einer Ausrufung des Unteroffiziers Kohnmeyer. — Staatsanwalt Lüdicke: Sie beantragen die Ladung Kohnmeyers. Das Gericht beschließt demgemäß.

Belastende Aussagen.

Nächster Zeuge ist der Besitzer des Karabiners 99, der Nordwaffe, Dragoner Werner. Er sagt aus, daß die Waffe im Korridor der Kaserne im Ständer gestanden hatte. Von dort müsse sie also der Thäter gestohlen haben. Der Zeuge bestand sich zur Zeit der That in der Reitbahn. — Zeuge Dragoner Weber ging zu seiner Stube hinauf. Auf dem Korridor begegnete er dem Unteroffizier Marten, der Nähe und Mantel trug. Marten stand in unmittelbarer Nähe von Werners Karabiner. Er ging langsamen Schrittes an dem Zeugen vorbei und bog zum Korridorfenster ab. Von dort rief er dem Dragoner Marten zu: „Reiß meine Ausrüstung schon!“ Marten antwortete: Ja, Herr Unteroffizier. — Angeklagter Marten: Der Dragoner Weber irrte, ich bin nicht an das Fenster gekommen. — Präsi.: Weber, wissen Sie das genau? — Zeuge Weber: Ein Irrthum ist unmöglich. — Präsi.: War der Gang flüster oder hell? — Zeuge: Sie genau Marten, oder sahen Sie nur, daß es ein Unteroffizier war? — Zeuge Weber: Der Gang war flüster. Ich erkannte erst Marten, als er Marten fragte, an der Stimme. — Präsi.: Irrten Sie sich auch nicht? — Zeuge: Bestimmt nicht. — Angekl. Marten: Ich kann keine andere Angabe wie die vorherige machen. — Präsi.: Ein Punkt, auf den sehr viel ankommt, ist, daß Sie im Dunkeln in der Nähe des Karabiners am Fenster gekommen sein sollen. Was andere haben Sie zugegeben. — Nächster Zeuge Dragoner Bartulein: Ich ging in die Stube hinter Weber und erkannte Marten. Ich hörte seine Frage und

antwortete ihm darauf. — Staatsanwalt Lüdicke: Wie war der Tonfall in der Stimme Martens bei der Frage? — Bartulein: Er sprach höflich. — Präsi.: War es so hell, daß Sie Marten bestimmt erkennen konnten? — Bartulein: Es dämmerte zwar schon; ich habe ihn aber bestimmt erkannt. — Präsi. (zum Angeklagten Marten): Sie hören, daß der Zeuge alle Aussagen des Zeugen Weber durchaus bekräftigt. — Marten: Ich hätte keinen Grund zum Verschweigen. — Präsi.: Ich glaube doch, einen ganz wesentlichen. — Marten: Die Zeugen müssen irren. — Zeuge Weber: Ein Irrthum ist unmöglich. — Präsident (zu Weber): Können Sie bei Gott und Ihrem Gewissen beschwören, daß Sie nicht irren? — Weber: Ja. — Angekl. Marten: Und ich schwöre bei Gott und meinem Gewissen, daß ich nicht dort gewesen bin. Ich hätte keinen Grund, es zu verschweigen. — Präsi.: Oh, einen erheblichen Grund! (Zu den Zeugen) Weber und Bartulein, können Sie mit ruhigem Gewissen beschwören, daß Ihre Aussagen alle richtig sind? — Weber und Bartulein: Jawohl! Die Zeugen werden hierauf vereidigt und entlassen.

Die Dragoner Hettmann, Link und Krämmer bekunden, daß sich Unteroffizier Griegat in der Handwerkerstraße von 4 Uhr an bis über die Zeit des Nordes hinaus befand und dort seinen Mantel aufhängen ließ. Das Gericht verzichtete hierauf auf das Zeugniß des Unteroffiziers Kohnmeyer. Dragoner Buschinger bekundet: Unteroffizier Domagala führte in den Rekrutenfall und theilte mit, daß der Rittmeister verunglückt sei. Kurz darauf sei Marten ohne Wunde und Mantel eingetreten und habe gefragt, ob seine Abtheilung schon geritten habe. Wir sagten, sie müsse bald heranzukommen. Er habe darauf gefragt, ob sein Säbel im Stalle sei. Da das nicht der Fall war, schnallte er den Säbel eines anderen Unteroffiziers um. — Präsi.: War Marten aufgeregter? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen; er kam hastig hinein. — Präsi.: Nach dem Protokolle haben Sie früher gesagt, Martens habe ganz wild ausgefallen. — Zeuge: Ich weiß nicht mehr, ob ich das gesagt habe. — Dragoner Minuth und Podritzky bekunden dasselbe. — Wachtmeister Schulz: Nachdem ich den Nord erfahren hatte, begegnete ich Marten; er war erregt und roth. Auf meine daraufbezügliche Frage sagte er, er habe einen getrunken. Ich erzählte ihm, daß der Rittmeister erschossen sei. Marten erwiderte: Ist das wirklich wahr? — Unteroffizier Buntus hat Marten etwas später angegriffen. Marten war erregt und sagte, er habe getrunken. Ich fragte ihn, ob er schon wisse, daß der Rittmeister getödtet worden sei. Marten that, als ob er von dem ganzen Vorfall nichts gehört habe. — Die Unteroffiziere Eichenberg und Krieger bekunden, daß Marten sich trotz deutlichen Kommandos in die Gruppe der diensthabenden Unteroffiziere gestellt habe.

Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung fragt der Präsident, ob die Angeklagten die Erhebung weiterer Beweise über ihr dienstliches Verhältniß zum Rittmeister v. Krojigt wünschen. Major v. d. Gröben bemerkt, daß zwar nichts Wesentliches gegen ein solches Verlangen einzumenden sei; allerdings habe man schon von kompetenter Seite das Nöthige darüber gehört. Verth. Rechtsanwalt Burchardt bittet um nochmalige Feststellung des Zwischenfalles vom 19. Januar, der die Ruffung des Marten durch den Rittmeister betrifft. Auf Antrag des Staatsanwalts Lüdicke wird hierauf die Oeffentlichkeit wieder ausgeschlossen. Sämmtliche Unteroffiziere der Schwadron werden einzeln hereingelassen. Die geheime Sitzung erstreckte sich neben der Erörterung des Vorfalles am Sonnabend vor dem Morde auf die Klarstellung des Verhältnisses zwischen Marten und dem Rittmeister v. Krojigt. Das Verhältniß war ein gutes gewesen. Sodann wurde eine Lokalbesichtigung der Reithalle vorgenommen.

Nachmittags wird die Oeffentlichkeit wiederhergestellt. Vertheidiger Rechtsanwalt Horn beantragt erneut, den Kriegsgerichtsrath Lüdicke, der auch Untersuchungsrichter war, sowie den Sekretär Hoffmann als Protokollführer darüber zu vernehmen, daß der Dragoner Fahnenhändler Stopped erst dann mit der Behauptung, er habe zwei Unteroffiziere in der Reitbahn gesehen, herabgetreten sei, als er selbst verdächtigt wurde, daß er aber vorher nichts darüber geäußert habe. Die Vernehmung würde Vertagung bedingen, da Kriegsgerichtsrath Lüdicke jetzt auch als Staatsanwalt fungirt. Nach längerer Verathung beschließt der Gerichtshof, zunächst die Stubenakademien Stopped darüber zu vernehmen, ob ihnen Stopped bereits an dem Nordabend Mittheilung von seiner Wahrnehmung gemacht hat. Die Vernehmung Stopped wird vorläufig ausgesetzt.

Verteidiger Rechtsanwalt Horn: Ich beantrage, den Oberleutnant von Hoffmann darüber zu vernehmen, daß, als er an dem Nordabend die Schwadron antrat und danach die Aufforderung an die Leute ergehen ließ, es möge derjenige hervortreten, der vor und nach dem Morde Wahrnehmungen gemacht habe, Stopped sich nicht gemeldet habe, trotzdem Oberleutnant v. Hoffmann mehrmals mit erhobener Stimme die Frage gestellt habe. Stopped sei vielmehr, wie er schon bemerkt habe, mit der Behauptung, er habe zwei Personen auf der Reitbahn gesehen, erst herabgetreten, nachdem er selbst verdächtigt worden war. — Staatsanwalt Lüdicke: Aber zu Barnowski hat Stopped über seine Wahrnehmung gesprochen. — Rechtsanwalt Horn: Barnowski steht in einer ganz anderen Schwadron als Stopped. — Sergeant Krieger: Stopped theilte mir mit, er habe zwei Unteroffiziere vor der Thüre der Reitbahn gesehen. — Präsi. (zu Marten): War das noch an dem Abend, an welchem der Nord geschah? — Krieger: Nein, am nächsten Vormittag. — Rechtsanwalt Horn: War Stopped nicht schon des Nordes verdächtigt worden? — Krieger: Nein, er wurde nur gefragt, wo er in der fraglichen Zeit gewesen sei, da er die Schwadron zu spät verlassen habe. — Präsi. (zu Marten): Von wem wurde diese Frage an ihn gestellt? Sergeant Krieger: Von dem Kriegsgerichtsrath Lüdicke. — Präsi.: Wurde er auch gefragt, ob er etwas gesehen habe, das in Zusammenhang mit der That gebracht werden könnte? — Zeuge: Nein. — Zeuge Stopped (vortretend): Der Herr Kriegsgerichtsrath fragte mich nur, wo ich mich an dem Nordabend aufgehalten habe. — Zeuge Krieger: Jawohl, das ist richtig. Am anderen Morgen wurde bekannt, daß Stopped die be-

treffenden Äußerungen gethan hatte. Daraufhin erfolgte dann seine Vernehmung.

Oberleutnant v. Hoffmann beklagt, daß er heute wohl nicht mehr sagen könne, ob er die Frage an die Leute gerichtet habe. — Angeklagter: Domnig: Der Herr Oberleutnant forderte dazu auf, es mögen sich die Leute melden, die etwas gesehen hätten. Ich weiß aber nicht mehr, ob es an demselben Abend, oder anderen Tage geschah.

Brigademeister Schulz: Nach dem Morde ließ der Herr Oberleutnant v. Hoffmann die Schwadron antreten und sagte in einer Ansprache an die Leute, es sei ein Mord passiert. Jeder habe ein Interesse an, daß der Mörder ermittelt werde, damit er nicht mit einem Mörder in der Stube zusammenliege. Weiter sagte Oberleutnant v. Hoffmann nichts. Erst am anderen Tage forderte er auf, es möge ihm jede Beobachtung, auch die geringste, angegeben werden.

Dragoner Balus befand im Anschluß hierin: Stoppel erzählte auf der Stube am andern Morgen, noch ehe er verhört und verhaftet worden war, er habe zwei Leute an der Reitbahn gesehen. In der Dunkelheit habe er aber nur jenseit erkannt, daß es Unteroffiziere gewesen seien. Das Gericht befragte Dragoner Hadelberg.

Das Gericht beschloß nach diesen Befundungen, den Antrag des Verteidigers auf Vernehmung sämtlicher Unteroffiziere abzulehnen, da durch die soeben gemachten Zeugenaussagen genügend festgestellt sei, daß Stoppel von seiner Wahrnehmung gesprochen habe, ehe er vernommen und verhaftet worden sei. Das Gericht trage deshalb kein Bedenken mehr, dem Zeugen Stoppel den Eid über seine Verbindung anzuvertrauen.

Rechtsanwalt Horn: Ich befrage den Rittmeister Ewers von der ersten Schwadron darüber zu befragen, daß gleich am ersten Abend der Kriegsgerichtsath Südde, auf Stoppel wies, sagte: „Dieser Mann ist verdächtig.“ Daraus geht klar hervor, daß Stoppel schon auf der Reitbahn mußte, daß er verdächtig sei. Staatsanwalt Südde: Dann stelle ich meinerseits den Antrag auf Vernehmung des Oberleutnants v. Winterfeld und des Oberleutnants v. Hoffmann, die befragt werden können, daß Sergeant Griegat und andere damals ebenfalls verdächtig worden sind.

Verteidiger Rechtsanwalt Horn: Zunächst befrage ich die Aussetzung der Verurteilung des Stoppel. Das Gericht beschloß den Antrag auf Vernehmung stattzugeben. Es tritt darauf eine einstündige Pause ein.

Neue Verdachtsmomente gegen Stoppel.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erscheint zunächst Rittmeister Ewers und macht folgende Aussage: Wir wurden zur Konfrontation der Leute mit der Leiche des Rittmeisters v. Kropff bestellt, um dabei die Gesichtszüge der Mannschaft zu beobachten. Mir fiel auf das blaße Aussehen des Unteroffiziers Griegat so wie das eines Schmiedes. — Präj.: Wie der Schmied Stoppel? — Zeuge: Des Namens kann ich mich nicht erinnern. Ich machte aber den unterjünglingsähnlichen Richter Südde darauf aufmerksam. Ob der Mann das gehört hat, weiß ich nicht, jedenfalls haben wir den Mann mehrfach identifiziert. — Angekl. Domnig: Der Herr Rittmeister rief den Herrn Kriegsgerichtsath Südde zu Stoppel heran und sagte dabei: Sehen Sie sich den Mann an, er zeigt ein auffälliges Aussehen. Stoppel mußte die Bemerkung hören. — Staatsanw. Südde: Wie Domnig auch, daß Andere auch als verdächtig bezeichnet wurden? — Angekl. Domnig: Jawohl. — Der Präj. ruft darauf den Unteroffizier Griegat auf: Griegat, erinnern Sie sich, daß Sie am Nordabend als verdächtig identifiziert worden sind? — Griegat: Gemerkt habe ich nichts davon, aber ich habe hinterher davon gehört. Zeuge Griegat fortsetzend: Ich entsinne mich genau, daß der Kriegsgerichtsath Südde zu den Mannschaften vor der Leiche sagte, wenn jemand etwas Verdächtiges gesehen habe, so möge er hervortreten. Der Präj. ruft darauf an, daß sämtliche Unteroffiziere und Trompeter der Schwadron herbeigerufen wurden.

Als nächster Zeuge giebt jedana der Regimentschef Oberleutnant v. Winterfeld über die

Konfrontation mit der Leiche

an: Ich erlaube mich, daß ich bei der Konfrontation der Mannschaften bei der Leiche auf der Reitbahn noch keinen Verdacht hatte. Es ist mir zwar einmündlich, daß Stoppel verwirrte Angaben machte, jedoch hatte ich noch keinen direkten Verdacht gegen ihn gefaßt. — Präj.: Wurden die Leute angefordert, Angaben zu machen, falls sie irgend etwas Verdächtiges bemerkt hätten? — Zeuge: Jawohl! — Präj.: Und darauf trat Stoppel nicht hervor? — Zeuge: Ich kann darüber nichts Bestimmtes mehr sagen, es ist zu lange her. Am andern Morgen wurde im Schutze die Spur eines Mannes entdeckt, der im Laufschritt über den Platz gelassen war, der noch der Reitbahn führt. Da es über Nacht aber gefaßt hatte, war die Spur bereits verwischt. Wir nahmen aber noch Abdrücke von derselben.

Rittmeister v. Dresow: Wir wurden von Kommandeur beordert, die Leute bei der Konfrontation auf ihren Gesichtsausdruck hin zu beobachten. Verschiedene felen durch ihr blaßes Aussehen der Leiche gegenüber auf, in besonderem Maße Stoppel und Griegat. Der Oberleutnant fragte Stoppel danach, wo er gewesen sei. Er antwortete: „in der Schmiede.“ Der Oberleutnant machte den Unterjünglingsähnlichen Südde auf die verwirrte Aussage des Mannes aufmerksam, was Verwunderung erzeugte, Stoppel am nächsten Morgen zu vernehmen. Als der Oberleutnant die Mannschaften anforderte, es möge Angaben machen, wer etwas Verdächtiges gesehen habe, trat niemand vor.

Zeuge Brigademeister Duppreich erinnert sich gleichfalls, daß auf die Frage des Oberleutnants niemand hervorgetreten sei. Dasselbe behaupten andere Unteroffiziere.

Es wird hierauf Stoppel angefragt. — Präj. (zu Stoppel): Es ist jenseit, daß Oberleutnant v. Winterfeld die ausgeschieden der Leiche angeordneten Leute angefordert hat, vorzutreten, falls sie an der Reitbahn irgend etwas Verdächtiges bemerkt hätten. Sie müssen die Anforderung doch gehört haben. Sie wollen nun zwei Unteroffiziere an der Reitbahn gesehen haben. Deshalb haben Sie zunächst geantwortet? — Zeuge Stoppel: Ich kann mich nicht daran erinnern, die Anforderung gehört zu haben. — Präj.: Eine so wichtige Sache können Sie doch unmöglich vergessen haben. Bleiben Sie also dabei, daß Sie zwei Unteroffiziere an der Leiche der Reitbahn gesehen haben und mit dieser Wahrnehmung steht am anderen Morgen Stabsoffizier gegenüber hervorgetreten sind? — Stoppel: Jawohl, Herr Präj. — Präj.: Nehmen Sie an, daß Sie nicht schon bei dieser Verhandlung hervorgetreten? — Stoppel, er schwieg, dann ädgernd antwortend: Ich kann mich nicht daran erinnern. — Präj.: Sie sollen doch gesehen sein. Was ist das, daß man Sie als Thäter im Auge faßt? — Zeuge: Nein. — Verteidiger Rechtsanwalt Horn: Die Frage der Vernehmung dieses Zeugen ist von der größten Wichtigkeit.

Nach einer kurzen Kontroverse zwischen dem Rechtsanwalt Horn und dem Staatsanwalt über die Glaubwürdigkeit des Zeugen Stoppel beschloß der Vorsitz, den Zeugen vorläufig noch nicht zu verurteilen. Es soll ihm noch Zeit gegeben werden, sich über die Vernehmung seiner Aussage klar zu werden. Dann wird, nachdem noch der bekannte Richter v. Kropff vernommen worden ist, die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

(Verl. Blg.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus Anlaß der ungenügenden Nachrichten über den Centralbund und die Central-Angehörigen in weiten Gebieten der preussischen Monarchie, die dem Minister-

präsidenten Grafen v. Bülow in der letzten Zeit zugegangen sind, hat dieser, wie die „Nordd. Allgem. Ztg.“ erfährt, im Staatsministerium angeregt, als bald innerhalb der einzelnen Ressorts alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um angelegentlich der drohenden Mißstände nach Möglichkeit die staatliche Fürsorge eintreten zu lassen. — Am wirksamsten wäre der zweifellos zu erwartende Nothstand zu bekämpfen, wenn die Regierung sich zur Aufhebung der Getreidezölle verstehen wollte, damit das in anderen Ländern in Fülle und Fülle gewonnene Getreide zu angemessenen Preisen eingeführt werden könnte. Insbesondere wäre es vermessen, auch nur anzunehmen, daß die Reichsregierung, an deren Spitze der agrarierfreundliche Mann mit dem Grüßchen am Kinn steht, jemals etwas derartig Radikales in Erwägung ziehen könnte. — Wie die „Kreuzztg.“ meldet, befaßt sich nach dem Bericht, den der Vorsitzende der ständigen Kommission des preussischen Landes-Defonomie- und Kolonialministeriums und den zuständigen preussischen Staatsministern erstattete, der Ausfall, den die preussische Landwirtschaft in Folge der schlechten Entziehung der Saaten erfahren hat, für Weizen überschlägig auf 183 1/2 Millionen Mark, für Roggen auf 103 Millionen Mark.

Das Risiko der Brodwucherer in Greifswald-Grimmen beschäftigt fortgesetzt die Presse. Die „Deutsche Tageszeitung“ schiebt die Schuld der Niederlage auf die Wahlbeeinflussungen, die dem Gegner mehr nützte als schaden. Die handelsvertragsfreundliche Presse sieht dagegen mit Recht in den Greifswalder Vorgängen ein sprechendes Zeichen der Zeit. Der „Hamburgische Correspondent“ schreibt:

Wir meinen, daß die Moral der Greifswalder Erziehung an maßgebender Stelle beherzigt werden wird und beherzigt werden muß. Thatsache ist nun einmal, daß die Wahl ganz und gar unter dem Zeichen der wirtschaftlichen Gegenläufe gehalten hat; Thatsache ist, daß die freisinnigen fast ausschließlich den Kampf gegen Brodwucherer und Lebensmittelerhöhung geführt haben. Und unter diesem Zeichen haben sie glänzend gesiegt, obwohl der Gegner nicht etwa ein extremer Wohlthätiger vom Schlag der Karikaturen in der „Deutschen Tageszeitung“ war. Es hat demnach nicht den Anschein, als ob eine Reichstagsauflösung unter der Parole der Handelsverträge so ganz heilsam und unmöglich wäre. Ist sie aber möglich, so muß sie auch vorgenommen werden, so bald die Reichstagsmehrheit ernstlich Miene macht, die Erneuerung unserer Handelsverträge zu hintertreiben.

Allgemeine Reichstagswahlen würden im gegenwärtigen Augenblicke zweifellos den Ring der Brodwucherpartien zerprengen. Das weiß Graf Bülow ebenso gut wie der „Hamburgische Correspondent“ und wir. Aber daraus zu folgern, daß Graf Bülow den Reichstag auflösen will? Der „Correspondent“ scheint etwas verwirrt zu sein. Er hält unseren Reichskanzler offenbar für einen — konstitutionellen demokratischen Minister.

Der Zolltarif soll in wenigen Wochen dem Bundesrathe vorgelegt werden. Man nimmt, wie die „Verl. Vörsen-Ztg.“ hört, an, daß die zollpolitischen Konferenzen keineswegs von so langer Dauer sein dürften, wie mehrfach vorausgesetzt wird. „Daß die landwirtschaftlichen Zölle eine Erhöhung erfahren, darüber herrscht (leider!) Red. d. „S. W.“ zwischen den Bundesregierungen keine ernste Meinungsverschiedenheit. Dagegen soll die Frage, ob für einzelne Positionen des Zolltarifs ausnahmsweise der Maximal- und Minimaltarif beliebt werden soll, keineswegs so weit geklärt sein, daß man mit Bestimmtheit die Entscheidungen voraussehen könnte. Es ist fraglos, daß durch die vorausgegangenen zollpolitischen Ministerkonferenzen die Arbeiten des Bundesraths außerordentlich erleichtert und gefördert werden und damit eine gewisse Gewähr gegeben ist, daß dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt im November die zollpolitischen Vorlagen werden zugehen können.“ — Es wird also Sache des Reichstages sein, die unheilvollen, agrarierfeindlichen Beschlüsse des Bundesrathes zu corrigieren.

Nach Hahn — Dasbach. Wie dem Bundesdirektor Dr. Diederich Hahn in der Donnhalle zu Berlin, so ist es dem Abg. Dasbach in Vardenberg, Landkreis Nachen, ergangen. Kaplan Dasbach, der diesen Kreis im Reichstage vertritt, war von dem Rheinischen Bauernverein eingeladen worden, in einer Versammlung über die Erhöhung der Getreidezölle zu referieren. Mit großem Eifer trat Abg. Dasbach für eine Erhöhung der Zölle ein im Sinne der „ausgleichenden Gerechtigkeit“. In der Diskussion meldete sich ein sozialdemokratischer Redner aus Kalk zum Wort, der dem Kaplan Dasbach nachwies, daß nicht das Ausland den Zoll trage. Ein Arbeiter, der sich als Sozialdemokrat vorstellte, bemerkte, der beste Beweis dafür, daß das Inland den Zoll trage, sei der, daß in dem benachbarten Holland (Vardenberg liegt an der Grenze) das Wehl immer noch einige Fennige pro Pfund billiger sei. Zum Schluß wurde aus der Versammlung eine Resolution eingebracht, die sich für langfristige Handelsverträge und gegen jede Erhöhung der Getreidezölle erklärte. Der Vorsitzende weigerte sich, über die Resolution abstimmen zu lassen, da er sich der Ruf aus der Mitte der Versammlung, daß Jeder, der für die Resolution ist, die Hand erheben sollte. Weit aus der größte Theil der Anwesenden, unter denen sich viele Kleinbauern und Arbeiter befanden, stimmte für die Resolution. Der Abgeordnete Dasbach hat nun die Pflicht, Arm in Arm mit seinem theuren Kollegen Diederich Hahn diese Resolution nach Zusammentritt des Reichstages am 26. November auf dem Tische des Hauses niederzulegen. Damit sie es nicht vergessen, werden sie schon bei gelegener Zeit daran erinnert werden.

Die Reichsfinanzen. Die „Tägliche Rundschau“ weiß zu melden: „Die Erklärung des Staatssekretärs des Reichshausamtes, daß wir im nächsten Reichshaushalt auf ein Defizit von 70 bis 80 Millionen Mark gefaßt sein müssen, hat einen tiefen Eindruck auf die Reichsämter gemacht. Namentlich diejenigen Stellen, von denen die Staatsausstellungen gemacht werden, geben ihrem Unbehagen offen Ausdruck. Mit Sicherheit läßt sich annehmen, daß auch noch so dringliche Reklamationen einen größeren Widerspruch von Seiten der Finanzverwaltung als bisher erfahren werden. Hauptächlich wird davon die Kolonialverwaltung betroffen werden, deren Ausgaben auch gegenwärtig noch, besonders vom Reichstage, als solche zweier Ordnung betrachtet und behandelt werden. Auf Schritt und Tritt lauchten Anzeichen dafür auf, daß die Remonstration des Reichsfinanzamtes gebietend an die Thür

pocht. Der Nothbehelf mit den Matrifularbeiträgen, man bei Errichtung des Reiches zu Grunde legte, bringt größten Unzuverlässigkeiten hervor. Da aus fast allen Bundesstaaten die gleichen Erscheinungen zu Tage kommen und dieselben Bestrebungen laun werden, so ist kein Zweifel mehr, daß die Gewinnung eines neuen Bodens für Finanzierung des Reiches die nächste und hauptsächlich Aufgabe der gegebenden Faktoren sein muß.“ — Die geschilderten Strohblätter ostelbischer Schulen können wohl noch ein Gesicht werden. Wenn aber in den Etat des Kolonialismus und Militarismus ein Loch gerissen wird, giunt der Jammer!

Ein Konfistorialrath über die Sozialdemokratie. Auf der sechsten kirchlich-sozialen Konferenz die dieser Tage zu Stuttgart tagte, sprach u. A. an Stöcker über das Thema: „Kann ein Christ Sozialdemokrat sein?“ Natürlich fiel die Antwort dieses Erdemagogen verneinend aus. Den Männern, die Uebertritt die Besprechung des Themas veranlaßte, W. Hardt und Göhre, warf Stöcker vor, daß sie das Christenthum nicht begriffen hätten. Als ob Stöcker das Christenthum verstanden hätte! Sein eigenes Thun und Treiben durchaus unchristlich, trotz aller Milderthums. In der Debatte über den Stöcker'schen Speech trat nun Konfistorialrath a. D. Frank-Danzig auf, der, wie unseren Lesern noch erinnerlich sein wird, schon einmal durch einen Vortrag über dasselbe Thema den Frommen aurückig geworden und sagte: Das Programm der Sozialdemokratie darf nicht christenthumsfeindlich aufgefaßt werden. Die Forderungen der Sozialdemokratie sind züglich eines maßlos gehäuften Reichthums und ein grenzenlosen Armuth seien auch die Forderungen des Christenthums, ebenso die weitere Forderung, daß der Arbeiter nicht als eine Sache oder käufliche Waare, sondern als ein Mensch mit einer unsterblichen Seele gewürdigt werden soll. Die Weltanschauung der Sozialdemokratie im Grunde eine materialistische sei, sei wohl richtig; aber es gehöre doch eine ungeheurer Glaube dazu, um angesichts der Vorgänge in Südafrika und anderer an der Ueberzeugung von der göttlichen Vorsehung festzuhalten. Die Sozialdemokratie stelle sich in einen scharfen Gegensatz zu der gegenwärtigen Staatsordnung und der Kirche, nicht aber zum Christenthum. Die Regierung, die Parteien und auch die Kirche seien in erschreckendem Maße der Herrschaft des Kapitalismus verfallen. — Wir haben diesem treffenden Urtheile nichts hinzuzufügen.

Neue politische Nachrichten. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz, betr. die Handelsbeziehungen zum britischen Reiche, und das Gesetz zur Abänderung des Gesetzes, betr. das Flaggenrecht der Kauffahrtschiffe, beide vom 24. Mai. — Der Reichskanzler ließ die Bundesrathe, nachdem die bezüglichen internationalen Verhandlungen abgeschlossen sind, den Entwurf eines internationalen Vagelzug-Abkommens mit dem Vorschlage des Beitritts Deutschlands zugehen — Der Ausschuss des Reichsgesundheitsamtes für Ernährungsmittel Sonnabend im Kaiserlichen Gesundheitsamt zur Berathung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den Verkehr mit Weineinhalten und weinähnlichen Getränken vom 24. Mai 1901 zusammengetreten. Hingegen ist es wieder zweifelsfrei geworden die Ausführungsbestimmungen zum Fleischbeschaugesetz dem Bundesrath noch vor dessen Sommervertagung zugehen werden. — Der Vörsenausschuß, der sich aus Vertretern des Handels aus ganz Deutschland zusammensetzt, ist zur Berathung einer Resolution des Börsengesetzes zum 11. Juni einberufen. — Die Getreide-Einfuhr in das Deutsche Reich betrug im April d. J. (1. Zahlen vom gleichen Monat des Vorjahres sind in Klammern beigefügt) an Weizen 1 624 446 (1 464 839), Roggen 562 919 (880 802), Hafer 372 224 (249 304), Gerste 980 608 (673 646), Mais 1 581 995 (1 124 638) Doppelpentner. In den Monaten von Januar bis April d. J. wurden eingeführt an Weizen 4 539 600 (4 129 442), Roggen 1 979 238 (1 538 455), Hafer 1 032 010 (888 896), Gerste 2 564 474 (2 599 702), Mais 5 000 300 (4 639 579) Doppelpentner. — Die Bromberger Handelskammer nahm eine Resolution an, die Mitglieder der Thorer Grauburger und Bromberger Handelskammern dem Minister überreichen werden und worin dieser ersucht wird, wegen des „drohenden landwirthschaftlichen Nothstandes“ Ansnahmetarife für Getreide und Futtermittel einzuführen. Ferner petitioniren die Kammern um Ausdehnung der bereits genehmigten Ansnahmetarife für Streu- und Futtermittel auf alle Empfänger. Den Landwirthen wird der Minister die Ansnahmetarife bereitwillig gewähren; ob auch den Händlern, das ist eine andere Frage. — Die württembergische Regierung hat den Ständebund eine Gesekentwurf vorgelegt, der für Bahnzwecke rund 2 Millionen Mark forbert. Die Hälfte dieses Betrages für Erweiterungen und Verbesserungen der Bahnhöfe, darunter Mill. für den Stuttgarter Bahnhof, bestimmt. 15 Millionen sollen durch eine Anleihe gedeckt werden. — Die Typhusepidemie in Neß hat nunmehr sich auch beim 174. Preussische Infanterie-Regiment gezeigt. Es sollen bis jetzt 6 Fälle in dem 1. Bataillon vorgekommen sein. Die Kaiserin dieses Truppentheils liegt in der Nähe des Garnisonlazareths. — Die Strafkammer des Landgerichts II in Berlin verurtheilte Sonnabend den Justizrath Dr. Sello wegen Herausforderung des Staatsanwalts Braut zum Zweikampf mit tödtlichen Waffen bei Gelegenheit des Sternberg-Prozesses, zu 1 Monat und 6 Wochen Zuchthaus. — Der Reichsanzeiger hat die Besetzung der Reichsanzeiger Major a. D. Wagener zu 4 Tagen Festungshaft — Wegen landesunwürdigen Verhaltens während des Konflikts der Ärzte mit der Ortskrankenkasse hat der Ehrenrath des ärztlichen Bezirksvereins Leipzig-Land zwei Ärzte zu je 150 Mark Geldstrafe verurtheilt, sie auch des Wahrschaffers a. d. Dauer von 5 Jahren verurtheilt. Den Verträgen, welche während des Konflikts mit der Ortskrankenkasse zugezogenen Ärzten mit dem Vorstande der Kasse abgeschlossen hatten, wurde von der selben Körperschaft die Genehmigung verweigert. — Der Verband deutscher Beamtenvereine, der aus 150 Vereinen mit 12 000 Mitgliedern besteht und von dem Direktor im Reichsanzeiger Franz Wochte geleitet wird, tagte Ende voriger Woche in Trier. Die Errichtung einer Pensionskasse wurde beschlossen. Bei der Nachwahl zum englischen Unterhause in Wahlkreis Saffron-Walden (Essex) wurde Pease (liberal) mit 3994 Stimmen gewählt. Der Wahlkreis war auch bisher übervertreten; die liberale Mehrheit hat sich jedoch um 600 Stimmen vergrößert. — Die Hoffnungen der konsigntren Italiener an einen Thronerben sind getäuscht worden. Aus Rom meldete Sonnabend ein Wolffisches Telegramm: Die Königin ist heute früh Uhr von einer Prinzessin glücklich entbunden worden. Die Königin und die Prinzessin befinden sich sehr wohl. Die neugeborene Prinzessin wird die Namen Yolanda Margherita erhalten. — Die bulgarische Sobranie beschloß, die Anlage des Rathkowitsch, Belschew und Katschow fallen zu lassen. — Au des Dampfers „Laurize“ ergab sich auf dem Mississippi der Gasolinetant, wodurch das Schiff in Brand geriet. Als das Feuer die zwischen der Ladung befindliche Menge Dynamit etwa 20 Zentner, erreichte, erfolgte eine zweite Explosion, wovon

das Fahrzeug in Atome zerschmettert wurde. Bei der ersten Explosion waren zwei Leute der Besatzung getötet worden, die übrigen vermochten sich in Sicherheit zu bringen. — Dem „New York Herald“ wird gemeldet, in Lima (Südamerika) sei ein Telegramm aus Guco eingetroffen, wonach ein Italiener Namens Gianone die beiden französischen Forschungsreisenden Rebeaux und Lemonnier im Thale de la Convection in Ordnung habe; Gianone sei darauf von eingeborenen Indianern getötet worden.

Norwegen.

Der Staatsrath hat am Mittwoch die Beschlüsse des Storting über die Einführung des allgemeinen kommunalen Stimmrechts für Männer und des kommunalen Frauen-Stimmrechts bestätigt. Im Herbst dieses Jahres finden die Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen statt. Es wird sich dann zeigen, ob die Hoffnung der Reaktionäre, die in dem Frauen-Stimmrecht ein Gegengewicht gegen den „Umsturz“ erblickten, sich erfüllen wird. Bei dem stetigen Fortschritt, den die Sozialdemokratie auch in dem in politischer Hinsicht sehr freien Norwegen macht, ist zu erwarten, daß diese sehr bald in die Gemeindevertretungen einbringt.

Oesterreich-Ungarn.

Die österreichische Kanalvorlage wurde am Freitag in einer Abend Sitzung vom Abgeordnetenhaus unter lebhaftem Beifall des ganzen Hauses erledigt. Im Laufe der Debatte hob der Handelsminister hervor, daß in diesem für die österreichische Volkswirtschaft bedeutendem Momente auch dem Verlangen der Arbeiter nach Schutz bei den Arbeiten sowie überhaupt den Interessen der Arbeiterschaft in hinreichender Weise Rechnung getragen werde. (Beifall.) Der Schluß der Sitzung war um 12 Uhr. Am Sonnabend nahm das Abgeordnetenhaus die Kanalvorlage in dritter Lesung, und zwar in namentlicher Abstimmung mit 198 gegen 46 Stimmen an. Die Annahme wurde mit lebhaftem, anhaltendem Beifall begrüßt. — Mit der preussischen Mittelkanalvorlage geht es dank der Opposition der Ostelbier nicht so schnell.

England.

Eine Stimme der Vernunft hat sich endlich aus der bisher so chauvinistisch angekränkelten liberalen Partei Englands erhoben. Sir Campbell-Bannerman hielt in Edinburgh Freitag in einer großen liberalen Versammlung eine politische Rede, in welcher er die Politik Englands in Südafrika verurtheilte. Der Redner befürwortete die Zuzücknahme einer selbstständigen Regierung für die beiden Burenrepubliken. — Es wird den Engländern auch schließlich nichts anderes übrig bleiben. Bezeichnend ist es aber, daß der Führer einer Partei, die noch eben alle Kriegskredite bewilligt hat und an der bedingungslosen Unterwerfung der Buren festhielt, bereits derart einlenkt.

Spanien.

Die Lage in Corunna, wo, wie wir bereits in letzter Nummer unter „Kleine politische Nachrichten“ meldeten, die städtischen Kollektanten streiken, ist überaus ernst. Der „Frei. Ztg.“ wird unter dem 1. Juni aus Madrid gemeldet: Nachdem die Streiker verjagt hatten, Gas- und Wasserleitung abzuschneiden, wurde der Kriegszustand verhängt. Die Stadt ist militärisch besetzt, Gendarmen-Abtheilungen durchziehen die Stadt. Es herrscht allgemeiner Streik; kein Blatt erscheint; im Hafen ist die Landung unmöglich; das Schlachthaus steht still, der Lebensmittelmarkt ist leer, Bäckereien und Fleischerläden sind geschlossen. Streikende Wasserträger verhindern die Dienstmädchen am Wasserholen. Letzte Nacht gab es heftige Straßenkämpfe; sieben Tode und zahllose Verwundete werden gezählt.

In Barcelona herrscht ebenfalls wieder große Unregung. Volksmassen versuchten am Donnerstag die Nonnenklöster zu stürmen. Unlängst waren aus verschiedenen Klöstern Zammertöne vernommen worden, was das Gerücht erzeugte, es würden dort Leute mißhandelt. Am Donnerstag stürzte im Hieronymuskloster eine Nonne, die seit sieben Jahren dort eingesperrt ist, vom Chor herab in die Kirche. Der Klosterskaplan wollte sie mit Gewalt ins Kloster zurückschaffen, sie gewann aber den Ausgang, und auf ihr Schreien bildete sich eine Volksansammlung. Ein Richter kam herbei und ordnete die Ueberführung der Nonne ins Spital an. Diese erklärte, sie werde vor Gericht die Ursachen ihrer Flucht darlegen. — Ein Telegramm des Madrider „Imparcial“ aus Barcelona meldet: Der Generalkapitän und die Behörden erhielten eine ausländische Mittheilung über die Entdeckung eines anarchistischen Anschlages gegen den König und die Königin-Regentin. Die Mittheilung besagt, die Verschworenen würden nach Barcelona und hierauf nach Madrid reisen. (Die Erfahrung hat gelehrt, daß derartige Anarchistenkomplott-Meldungen stets mit großer Vorsicht aufzunehmen sind, weil sie sich hinterher immer als erlogen herausstellen. Wie „Wolffs Bureau“, dessen Wahrheitsliebe bekanntlich auch nicht über jedem Zweifel erhaben ist, meldet, sollen indessen bereits in Madrid zwei Anarchisten, darunter ein Italiener, verhaftet worden sein. Red. d. S. B.)

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz sind Meldungen bei Präsident Krüger eingetroffen, welche, wie aus Brüssel berichtet wird, bestätigen, daß die Buren neue Operationen in der Kapkolonie begonnen haben. Dewet sei im Begriff, abermals mit 3000 Mann den Dranje zu überschreiten. Der Umstand, daß die südafrikanische Zensur absolut keine Privatmeldungen über die von Ritchener berichtete Schlacht mit Delarey erlaube, giebt in London zu der Befürchtung Anlaß, daß sie viel ungünstiger für die Engländer ausgefallen sein muß, als der offizielle Bericht zugeht. Auf dem Kriegsschauplatz spielen sich Szenen ab, wie bei dem unglücklichen Anfang des Krieges. Eine zahlreiche Menschenmenge harret angstvoll auf die Verlustlisten. — Aus Kapstadt wird gemeldet, daß dort mit der Agitation für die Wiederernennung von Rhodes zum Premierminister und für die Aufnahme von Doktor Jameson ins Cabinet begonnen worden ist.

Wie einträglich die Klünderung der englischen Militärzüge für die Buren ist, geht aus Schilderungen des von uns schon mehrfach erwähnten Mitkämpfers G. Männchen hervor, die dieser in der „La Plata-Zeitung“ veröffentlicht. Er erzählt: „Beim Klündern von

Eisenbahnzügen fielen Dewet recht häufig erhebliche Geldbeträge in die Hände, so daß die englischen Soldaten und Banken oft Wochen lang kein Geld bekamen. Die Summen beliefen sich schon bis Neujahr auf mehr als eine halbe Million Pfund Sterling = 10 Millionen Mark! Alles Verstecken half nichts; ob die Engländer Granaten oder Kanonen mit dem Sondereignis geladen hatten oder diese in Kisten oder Kisten bargen, Dewet fand sie immer und vertheilte den größten Theil unter seine Leute.“

Vereinigte Staaten.

Eine Wandlung Mac Kinleys? Bei einem in Montreal ihm zu Ehren veranstalteten Frühstück hielt der frühere französische Minister Jules Siegfried eine Rede, in der er ausführte, Präsident Mac Kinley habe ihm kürzlich in einer Unterredung erklärt, er sei kein Ultra-Schutz-zöllner mehr; die Vereinigten Staaten seien bei einer solchen Periode ihrer Geschichte angekommen, wo es nöthig werde, Absatzmärkte in der Welt aufzusuchen; die Nothwendigkeit des extremen Schutzes sei zum großen Theil jetzt geschwunden. Es wäre erfreulich, wenn die Anschauung Mac Kinleys in der Gesetzgebung durchdränge.

China.

Vom Schiawirrwarr. Wie „Reuters Bureau“ aus Peking meldet, rief die bedingungslose Annahme der Forderung der Mächte auf Zahlung der Entschädigung von 450 Millionen Taels durch die Chinesen unter den Gesandten große Befriedigung hervor. Thatsächlich würden nun nur noch einige Fragen von geringer Bedeutung übrig bleiben, um die Verhandlungen vollständig zu Ende zu führen. Man erwartet indessen, daß doch noch gewisse Verzögerungen eintreten können mit Rücksicht auf die Klünderung des Landes. Einige fremde Vertreter (von diesen wird besonders der englische Gesandte Satow namhaft gemacht) können nicht verstehen, wie China für die pünktliche Zahlung der Entschädigung der Mächte Garantie leisten kann, wie es die gemeinsame Note verlangt. Die Reihenzahl der Gesandten ist für die Erhebung zehnpromentiger Zölle und für die Entnahme von fünf Millionen Taels aus den Fonds der Vorkriegszeiten. Hierdurch würden, nach Zahlung der Zinsen für die bereits vorhandene Auslandsschuld, etwa 23 Millionen Taels übrig bleiben. Die fremden Vertreter wären hiermit einverstanden, wenn China die Vorkriegszeiten für ausländische Waaren abschaffe. Bei mehreren Londoner Blättern aus Peking vom 30. Mai meldet, sprachen sich die Gesandten ferner dahin aus, daß die Entschädigungssumme erst zu regeln sei, bevor sie mit den chinesischen Behörden über irgendwelche Handelsinteressen und diese betreffende Abmachungen berathen könnten, da, wie sie voraussehen, die letzteren eingehende Prüfung erforderten.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus New York, die Bundesregierung der Vereinigten Staaten könne sich nicht an der Garantie der China-Anleihe betheiligen, da die Verfassung dem entgegenstehe.

Li-Hung-Tschang veröffentlicht in den unruhigen Distrikten der mittleren Provinzen Befehle zur Unterdrückung aller Unruhen im Zeitraum von zwei Monaten und ordnet die strenge Bestrafung aller Schuldigen an. Der Bischof von Peking bezieht sich in seinen Befehlen auf die letzte Depesche des Grafen Waldersee, worin dieser betonte, wie wichtig es sei, daß die Chinesen selbst schnell und energig vorgehen.

Starke Erregung ist, wie eine Schanghai Depesche des Londoner „Standard“ vom Sonnabend meldet, in der ganzen Provinz Ngan-hwei bemerkbar, weniger indessen aus politischen Gründen, als in Folge des Auftretens von Heuschreckenschwärmen, welche die Ernten rasch vernichten.

Nach einer Mitteilung der „Königlichen Zeitung“ wird deutschseits die dauernde Besetzung der ostasiatischen Station aus 4 großen Kreuzern, 2 kleinen Kreuzern, 4 Kanonenbooten, 3 Torpedoboote, einigen Hilfskanonenbooten sowie Begleitschiffen bestehen. Die abgehenden Linienfahrer und Kreuzer haben eine Gesamtbesatzung von 3080 Mann. In China bleiben 3200 Mann. Die Land- und Marine-truppen zählen insgesamt 8600 Mann, so daß ein Drittel des bisherigen Bestandes verbleibt. Damit wird der Keim zu einer ostasiatischen Kolonialarmee gelegt! — Das deutsche Panzergeschwader hat, wie „Wolffs Bureau“ meldet, Sonnabend die Heimreise von Wuning angetreten.

Lübeck und Hamburggebiete.

Montag, den 3. Juni.

Die Ergänzungswahl im achten Wahlbezirk (Hofstenthor-Landbezirk) hat Sonnabend bei sehr lebhafter Wahlbetheiligung — von 81 Wahlberechtigten erschienen nur 26 an der Urne — in Krempeisdorf stattgefunden. Gewählt wurden, wie nicht anders zu erwarten war, die Herrn Lauenstein-Schönböcken mit 20 und Höppner-Krumbeck mit 17 Stimmen; beide haben schon bisher den Wahlbezirk in der Bürgerschaft vertreten. Auf den Namen des Gemeindevorstehers von Krempeisdorf, Erbpächter Meyer, waren nur 14 Stimmen gefallen.

Der Verbandstag deutscher Gewerbegerichte nebst Gewerbegerichtskonferenz wird bekanntlich in diesem Jahre am 10. und 11. September in hiesiger Stadt stattfinden. Die einstweilige Tagesordnung stellt sich nach dem Verbandsorgan „Das Gewerbegericht“ wie folgt: Das Verfahren in Einigungsachen in Deutschland und im Auslande (Gewerberichter Dr. Grote-Bremen und Dr. Jastrow-Charlottenburg); Die Gewerbegerichts-Novelle (Rechtsrath Dr. Menginger-München); Die Statuten der deutschen Gewerbegerichte (Beigeordneter Wolff-Dießenbach a. M.); Die Arbeitsordnungen (Gewerbeinspektor Czimatis-Solingen). Die „Erfahrungen bei Anwendung des Bürgerlichen Gesetzbuches“ werden wie im Vorjahre im engsten Anschluß an die Praxis den Gegenstand einer umfassenden Besprechung bilden.

Das Wasser in der Badeanstalt im Krähenteich ist, wie wir aus eigener Wahrnehmung erfahren mußten, zur Zeit völlig durchseht mit kleinen Mengen Krant. Durch diesen Umstand, der unjeres Erachtens nicht zur Hebung der Besuchsziffer beitragen wird, wird die erquickende Wirkung des Bades total illusorisch gemacht. Nicht allein, daß die Badenden durch das herumtreibende Krant beunruhigt werden, letzteres führt auch zu üblen Ausdünstungen, die dem Badenden einen längeren Aufenthalt im Wasser verleiden. Hoffentlich tragen diese Zeilen zur baldigen Abstellung des geringsten Mißstandes bei.

Ein starkes Gewitter, begleitet mit heftigen Regenhöhen, störte abermals in der Nacht auf Sonntag die nächtliche Ruhe der Bewohner. Sollte nicht der § 360, Abs. 11 des St.-G.-B., der den nächtlichen Ruhestörer mit Strafe belegt, gegen die Naturgewalten in Anwendung zu bringen sein??

Blitzschlag. Infolge des in der Nacht zum Sonnabend niedergegangenen Gewitters zündete ein Blitz das Gewese des Schäfers Noth in Bohnsdorf an und setzte dasselbe vollständig in Flammen; nur mit knapper Noth konnte die Franke Frau des Besitzers dem verberendenden Element entrisen werden. — Gleichfalls durch einen Blitzschlag eingestürzt, wurde das mit Stroh gedeckte Haus des Tischlermeisters Höppner in Säfel. Das Vieh und ein Theil des Handwerksgeräths konnten gerettet werden.

Mahnahmen zur glatteren Abwicklung des Briefverkehrs beruht im Februar d. Js. eine Konferenz im Reichspostamt von Vertretern der Handels- und Industriezweige. Kurz zusammengefaßt hat die Postverwaltung in Bezug auf Erleichterung des Briefverkehrs folgende Wünsche an das Postamt: 1. Verminderung der Zahl der Briefformate und räumlicher Befestigung der ganz kleinen Formate; möglichst allgemeine Verwendung von Umschlägen in Quartformat für Geschäftsbriefe; 2. Vorzug von Markenfeldern auf den Umschlägen; 3. Beschränkung des Firmenandrucks auf die obere linke Ecke oder die linke Seite des Umschlages; 4. Vorzug eines starken Strichs für den Bestimmungsort unten rechts.

Verloren hat ein Postbote vor dem Hofstenthor, von der Blumen- bis zur Hanjastraße, drei Hundertmark Scheine. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselben Mittelstraße 4, 2. Etage, abzugeben.

Ein Rabenvater stand am Sonnabend in der Person des Gelegenheitsarbeiters F. Paczkautskas von hier vor der hiesigen Strafkammer. Derselbe hat in den letzten Jahren seine beiden kleinen Knaben in hoher Weise mißhandelt. Insbesondere hat er die Kinder mit einem Lederriemen derart geschlagen, daß die betreffenden Körpertheile blutunterlaufene Stellen aufwiesen, ferner soll er im März d. Js. das jüngste Kind, nachdem es am vorhergehenden Abend vom Arzt operirt worden war in brutaler Weise geschlagen haben. Neben diesen fortgesetzten rohen Mißhandlungen hat der Angeklagte Anfang März den jüngsten Knaben, als er von seiner Mutter auf dem Arme getragen wurde, mit einem Riemen, an dessen Ende sich eine Schnalle befand, geschlagen und derart an die Stirn getroffen, daß die Heilung der Wunde mehrere Tage in Anspruch nahm. Die vernommenen Zeugen bestätigten im Wesentlichen die Angaben der Anklageschrift, insbesondere wurde von einer durchaus einwandfreien Zeugin angeführt, daß auch sie beabsichtigt hätte, die Sache zur Anzeige zu bringen. Ein von dem Angeklagten verfaßter Brief, der zur Verlesung gebracht wurde, bestätigte indirekt die Schuld desselben. Der jüngste Knabe ist später verstorben. Durch das sachverständige Gutachten wurde jedoch bewiesen, daß nicht die Mißhandlungen, sondern die starke Durchsehung des Körpers mit Tuberkelbazillen die Todesursache gewesen ist. Die fortgesetzten Mißhandlungen hätten jedoch den Tod des Kindes beschleunigt. Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt unter Anführung aller Milderungsgründe, als der leichteren Reizbarkeit des im hohen Grade schwindichtigen Angeklagten etc., 1 Jahr Gefängnis. Der Verteidiger Dr. Görtz verurtheilte das Gebahren des Angeklagten auf das Entschiedenste und erklärte sich außer Stande, etwaige zu Gunsten des Angeklagten sprechende Momente anzuführen. Das Gericht verurtheilte den Angeklagten wegen fortgesetzter Mißhandlungen seiner Kinder, zum Theil mittelst gefährlicher Werkzeuge, antragsgemäß zu 1 Jahr Gefängnis. Der Angeklagte verzichtete sofort auf Einlegung einer Berufung.

In der Rechtsanwaltsliste gelöscht wurde der bisherige Rechtsanwält Dr. Vinde, nachdem derselbe zum Staatsdienst übergetreten ist, gleichzeitig ist auch dessen Amt als Notar erloschen.

Das Polizeiamt veröffentlicht eine Warnung vor den sogenannten Paraffin- und Zündhölzern der Firma August Rebe u. Co. zu Jarow in Pomern, da dieselben sich, wie anlässlich zweier kleiner Schadenfeuer festgestellt worden ist, schon bei verhältnismäßig geringer Erwärmung, und zwar auch bei Bestrahlung durch die Sonne, in kurzer Zeit selbst entzünden.

* Kleine amtliche Nachrichten. In das Handelsregister ist am 1. Juni bei der Firma: „A. Wildhagen“ eingetragen: Prokurist: Claus Willens.

Schlutz. Eine Volksversammlung in des Wortes größter Bedeutung tagte am Sonntag am hiesigen Orte. Infolge des Hochmuths der Wirthe war es leider nicht möglich, ein passendes Lokal zu erhalten, deshalb mußte die Versammlung unter freiem Himmel auf dem Bauplatz des Herrn Fr. Oldorp stattfinden. Gegen 4 1/2 Uhr bot die zum Versammlungsplatz führende Sophienstraße ein interessantes Bild. Alte Greise, die sich nur mühsam fortbewegen konnten, sah man neben jungen, rüstigen Männern und Frauen dem Versammlungsplatz zustreben. Als gegen 4 3/4 Uhr der Einberufer, Genosse Effinger-Lübeck, die Versammlung eröffnete, hatten sich ca. 350-400 Personen, darunter auch mehrere aus der hiesigen Umgegend, eingefunden, um den trefflichen Ausführungen unseres Genossen Bartels-Lübeck über „den deutschen Reichstag und die Kornzölle“ zu lauschen. In äußerster Ruhe verharren die Anwesenden bis zum Schluß der Versammlung. Als der Referent seinen häufig von Beifall unterbrochenen Vortrag beendigte, bewies der jubelnde Beifall, wie sehr unser Genosse den Versammelten aus dem Herzen gesprochen hatte. Eine scharfe Protest-Resolution gegen den Brodwucher fand einstimmige Annahme. An der Diskussion theilhaftige sich Genosse Stelling-Lübeck. Nach einem kräftigen Schlußwort des Einberufers, in dem derselbe zur regen Agitation für unsere Ideen und für die weitere Ausbreitung unseres Partei-Organes aufforderte, wurde die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. So hat denn die erste öffentliche Versammlung seit der letzten Reichstagswahl hier getagt. Es war ein weiterer Schritt zur Ausbreitung unserer Ideen, und dessen können die Genossen sicher sein, wir werden mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln weiter kämpfen für die Emanzipation des Proletariats. Unsere Parole lautet: „Vorwärts, vorwärts und immer vorwärts!“

Rahburg. Selbstmord eines Jägers. Aus Furcht vor Strafe ertränkte sich Freitag Nacht der Rekrut Rod. Er hatte durch Eindringen einer Fensterhebe einem Schneidermeister verschiedene Sachen entwendet. Wie verlautet, soll der Ertrunkene nicht ganz zurechnungsfähig gewesen sein. Die Leiche wurde bereits am Sonnabend geborgen. — Feuer. Bei dem in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag niedergegangenen Gewitter schlug der Blitz in das Wohnhaus des Hufners P. Jenkel in Pletthen und zerstörte dasselbe vollständig ein. Verbrannt sind vier

Pferde, 5 Starke und 1 Wulle, sowie das meiste Mobiliar, außerdem 100 Sack Getreide und die sämtlichen Sachen der Diensthöfen.

Obdesloc. Stadtverordnetenwahl. An Stelle des verstorbenen bisherigen Stadtverordneten Dr. Krüger wurde der Augenarzt H. Fajow mit 142 gegen 59 Stimmen, die auf den Kaufmann Hirsch fielen, gewählt. Die Stadtgemeinde zählt 533 stimmberechtigte Bürger. Das arbeitende Volk hat natürlich „nix to seggen“.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. In Neubrandenburg haben in den letzten Tagen fünf Unternehmer die Forderungen der streikenden Maurer bewilligt, so daß 40 Maurer zu den neuen Bedingungen arbeiten. 9 Streikende sind noch am Orte vorhanden. — Der Streik der Vergolder in Grabow ist leider ohne Erfolg aufgehoben worden. — Zum Streik der Kupferschmiede in Hamburg wird gemeldet, daß noch 67 ledige und 88 verheiratete Streikende zu unterstützen sind. Die wenigen Arbeitswilligen, die sich angefinden, haben theilweise die Arbeit wieder niedergelegt. Die Meister errichteten aus Furcht vor Verührung der „treuen“ Arbeitswilligen mit Streikenden auf dem Boden ihrer Werkstätten Schlafquartiere. Ob's wohl was nützen wird? — Der Bauarbeiter-Ausstand in Hamburg umfaßt 162 Streikende mit 185 Kindern.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Das Stadthaus in Malchow wurde am Donnerstag bis auf die massiven Ringmauern durch Feuer eingeeäschert. — In Bahlen bei Boizenburg brannte Freitag das Wohnhaus und die Scheune eines dortigen Erbpächters völlig nieder. Außer dem Gemeindebullen sind noch 6 Schweine und drei Kälber verbrannt. — In Röbel rettete ein fünfjähriges Mädchen mit großer Mühe ein dem Ertrinken nahes vierjähriges Kind aus einem tiefen Bach. — Die am Donnerstag in der Stör bei Fehle aufgefundene Leiche wurde als eines Comitis aus Wilster refognosziert. Es scheint ein Unglücksfall vorzuliegen. — Vom Blich erschlagen wurde in Seedorf (Hollstein) der Landmann Lucht. — In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag brannte im östlichen Eiderstedt ein Hof total nieder.

Viel Federvieh ist umgekommen. — In derselben Nacht wurde gleichfalls in Wakenorf II ein Gewebe durch Feuer eingeeäschert. — Vermuthlich infolge Brandstiftung wurde in Bölich (Kreis Stormarn) ein Wohnhaus ein Raub der Flammen. — Bei einer Knabenprügelei wurde am Sonnabend in Hamburg ein sechsjähriger Knabe mit einem Messer so heftig an den Kopf getroffen, daß er trotz sorgfältigster Pflege nach kurzer Zeit verstarb. — Am gleichen Tage wurde von der Straßenbahn in Hamburg ein siebenjähriges Mädchen todtgefahren. — Ein Opfer seines Berufes wurde in Wilhelmshaven ein Schiffsarbeiter, indem er beim Tauchen in der Schiffsammer erstickte.

Hamburg. Der Mangel an notwendiger ärztlicher Hilfe berechtigt nicht zum Entschädigungsanspruch. Diesen Entscheid fällt kürzlich das hiesige Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. Ein auf dem Dampfer „Calabria“ bediensteter Schiffsobererkrankte plötzlich auf der Reise nach St. Thomas am grünen Meer. In Ermangelung eines Arztes ordnete der Kapitän die Behandlung der erkrankten Augen mit Weiswasser-Kompressen an, bis das Schiff in den Hafen einlief. Hier wurde der Erkrankte mehrere Wochen im Hospital erfolglos behandelt und machte dann die Rückreise nach Hamburg, um sich in das hiesige Krankenhaus zu begeben. Bei der Untersuchung stellte sich jedoch heraus, daß das Sehvermögen auf beiden Augen bereits völlig erloschen war infolge des nicht rechtzeitig operirten grünen Staars. Die Seebereitschaft lehnte den Rentenanspruch ab, weil kein Betriebsunfall vorläge. Das Schiedsgericht schloß sich diesem Erkenntnis an und verwarf die Berufung des total erblindeten Mannes, in der Begründung ausprechend, daß die plötzliche Erblindung weder direkt noch indirekt auf einen Betriebsunfall zurückzuführen sei. — Wer entschädigt nun den bedauernswürthen Mann für seine lediglich auf die Profitgier dividendenhungriger Rhetorik-Aktionäre zurückzuführende Erblindung? Es ist fürwahr ein Hohn auf unseren so viel gepriesenen Kulturzustand, daß an Bord der oft monatelange Reisen zurücklegenden Seeschiffe keine ärztliche Hilfe vorhanden ist.

Oldenburg. Die Folgen der Erhöhung der Zivilliste des Großherzogs machen sich in der vorhergesagten Weise immer aufdringlicher bemerkbar. Die Kostenüberschüsse aus früheren Jahren werden in dieser Finanzperiode voll und ganz verbraucht und schauen die Finanzpolitiker nach neuen Einnahmen verzweifelt aus. Bekanntlich sind die Fürstenthümer am übelsten daran. Diese müssen, um den Antheil an der Zivilliste bestreiten zu können, einen Zuschlag zur Einkommensteuer erheben. Diesem Schicksal wollen nun die Vorkensfelder entgegen. Sie haben daher den Ausweg gefunden durch einen Beschluß des Provinzialraths. Danach soll die Deklarationspflicht für die Kapitalrentensteuer schon bei einem Einkommen von 900 Mk. beginnen, während sie bis jetzt erst bei einem Einkommen von 1500 Mk. vorgeschrieben war. Damit treffen die schlanen Finanzpolitiker die besser bezahlten Arbeiter und die kleinen Geschäftsleute und kleinen Fabrikanten. Was für Folgen der Beschluß auf die Politik haben wird, darüber scheint der Provinzialrath sich nicht klar geworden zu sein. Die Sozialdemokratie wird durch derartige Beschlüsse sicherlich keinen Schaden haben.

Bremen. Die nothleidenden Aktionäre! Der Ausschickrath der Petroleumraffinerie, vormals August Korff, schlägt für die am 31. März abgelaufenen 15 Monate 62 pCt. Dividende vor gegen 41 im Vorjahre.

Gerichtliche Zwangsversteigerungen:

im Gerichtshause, Zimmer 20, Dienstags und Freitags, Mittags 12 Uhr.		
Grundstück	Eigentümer	Termin
Schwartauer Allee 16 a	Suß	14. Juni.
Engelsgrube 87 und gr. Kiefau 2	Mollenhaner	25. Juni.
Wildebestroße 33, 35	Kell	28. Juni.
Körnerstraße 17	Derfelbe	28. Juni.
Körnerstraße 31	Derfelbe	5. Juli.
St. Jürgen-Ring 3	Derfelbe	6. Juli.
Breitstraße 51	Brimm	9. Juli.
Holstenstraße 8	Oldorf	16. Juli.
Dorotheenstraße 14	Koet	19. Juli.

Heute Morgen 4 Uhr starb plötzlich mein lieber Mann
Karl Kunte
im Alter von 39 Jahren. Tiefbetrauert von seiner Frau **Sophie Kunte Ww.**, geb. Schacht, und Kindern.
Die Beerdigung findet am Mittwoch 3 1/2 Uhr von der St. Lorenz-Kapelle aus statt.

Fremdlich möbl. Zimmer zu verm.
Sadowstraße 32, 2. Et.

Ein Logis zu vermieten
Lanaerstraße 37

Zum 1. Juli eine abgegliederte Etage
zu vermieten, Preis 200 Mk. Näheres
Arminstraße 31.

Zum 15. Juni oder später ein junges
Mädchen, welches außer dem Hause schlafen
kann
Fleischbänkerstraße 47, 1. Et.

Billig zu verkaufen eine 4flamige Petroleum-
maschine 4,50 Mk., ein Eisenmogen 2 Mk., eine
Kinderbettpelle 5 Mk., eine gütige Glucke
Meißnerstraße 4 b.

4 Lachtauben, 2 alte und 2 junge,
hab günstig abgegeben
Habenstraße 12 a, 1. Et., St. Gertrud.

Französische Esskartoffeln
besonders schöne Sorte empfiehlt
Heinr. Wischendorf, Königsstr. 88.

BRONCKHAUS
D I X I K O N
NEUE REVIDIRTE
JUBILÄUMS-AUSGABE
ERSTER BAND
ERSCHEINT
SOEBEN. M 12.

Grosse Auction!
Mittwoch den 5. Juni, Nachm. 2 1/2 Uhr
Gäßhof Stadt Ehlensig, Handstr. 14
über einen großen Hausbestand, bestehend aus zwei
Meibergstraßen, 2 Etagen, 20 Zimmer, Küchen,
Korridor, Comode, 1- und 2-schläf. Möbelkabinett,
Küche, 2 Stuhlsetze, Badstube, kleiner Keller,
Küchenabzug, Weichstuhl mit Wasser-
morpaste und Toilettenspiegel, Silber,
Gold- und Silbergeschmück, Porzellan und
Lampen, Spiegel und Silber und ein großer
Koffer mit Kleidern, ferner Damentaschen
und Handtaschen, Schuhe, mehrere neue
Lampen, 1 Comode, Spiegel, Schrank,
Glasen, Tische, Porzellan und
viele nicht Gen.
Joachim Ch. B. Schmebl,
Auctionator nach Torgau

Jeder Geschäftsmann
ist gezwungen, in kleineren oder größeren Büchern Eintragungen zu machen, Contobücher und Rechnungen auszustellen etc.
Zu diesem Zwecke empfehlen:
Geschäfts-, Conto- und Notizbücher in den verschiedensten Formaten, Rechnungsformulare mit Vordruck in Blocks mit 50 Stück à 30-50 Pf.
Ferner:
Bleisfedern, Stahlfedern, Federhalter, Couverts u. Papier mit und ohne Firmen-Aufdruck
und eruchen, den Bedarf zu entnehmen bei der
Buch- und Papierhandlung von
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Im Verlag „Aufklärung“, Berlin (Verlag der Socialistischen Monatshefte) ist jeben erschienen:
Die Helden der Menschheit.
Dasselbe ist seiner volkstümlichen Verständlichkeit wegen jedem Bildungsbesitzenen sehr zu empfehlen.
Jeder Lebensbeschreibung ist das Bild des Betreffenden beigegeben.
Das Werk erscheint in ca. 50 Lieferungen à 20 Pfg. und ist zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
jowie deren Colporteurs.

Einladung zum
Stiftungs-Fest
des Arbeiter-Radsfahrer-Vereins Lübeck
am Sonntag den 9. Juni 1901
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50, 52.
Anfang 5 Uhr. Ansführung 7 1/2 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., Damen frei.
Das Comité.

Feinste Meiereibutter
1. Qualität 1,10 Mk., 2. Qualität 1,00 Mk.
Wib. Krahn, Königsstraße 48 a.
Photographische Apparate
neu und gebraucht von 2 bis 2,40 Mk. incl. Zubehör.
Meißnerstr. Allee 25.
Uhren reinigen . 1,50,
Federn einziehen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hühnerstraße 32.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülf-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck.)
Versammlung
am Dienstag den 4. Juni 1901
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50, 52.
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
NB. Jedes Mitglied muß in der Versammlung erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Berein für Gesundheitspflege
und Naturheilkunde.
Monats-Versammlung
am Mittwoch den 5. Juni 1901
Abends 8 1/2 Uhr
in der Bauhütte, Fischstraße 9.
T. D.: Samariterkursus (häusliche Krankenpflege), 2. Bericht über die Gruppenversammlung in Cutin, 3. Beschlußfassung über Einrichtung eines Nicht-, Lust- und Sonnenbades, 4. Verschiedenes.

Gesang-Verein
„Einigkeit“
(St. Gertrud.)
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 4. Juni 1901
Abends 8 1/2 Uhr
im Lokale Neu-Lauerhof.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Ausflug.
3. Vereinsangelegenheit.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Gesangverein
„Eintracht“
Ausflug
mit Musik
nach **Rahelburg**
am Sonntag den 16. Juni 1901.
Abfahrt Vormittags 10 Uhr 51 Min.
Fahrkarten für Mitglieder sind beim Boten
Hämöller, Fleischhauerstraße 92-96, und
Sonntagabend Abends von 9 Uhr im „Vereinshaus“
zu haben.
Mitglieder müssen ihre Fahrkarten bis zum
14. Juni gelöst haben.
Karten für Nichtmitglieder sind bei C.
Wittfoot, Hühnerstraße 18, und H. Brühse,
Handstraße 20, zu haben.

Zoologischer Garten
Täglich geöffnet.
Fütterung der Raubtiere 5 Uhr.
Eintritt: Erwachsene 30 Pfg., Kinder 15 Pfg.

Fünfte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Nürnberg.

Am Mittwoch erfolgte vor Eintritt in die Tagesordnung zunächst eine sehr lebhaft geführte Geschäftsordnungs-Debatte. Hierauf wurden die Anträge, welche auf das Verbandsorgan Bezug haben, einer besonderen Kommission überwiesen. Nach Verlesung zweier Briefe, welche die Berliner Angelegenheit betreffen, erhielt Rath er-Berlin zu seiner Rechtfertigung das Wort. Er legte die Gründe klar, welche ihn veranlassen haben, in der Angelegenheit B.-Berlin so zu handeln. Nachdem Rath er seine Rede beendet, legte er freiwillig sein Amt als Vorsitzender nieder. An seine Stelle wurde Bender-Magdeburg gewählt. Hierauf wurde in die Tagesordnung: „Diskussion über die verschiedenen Berichte“ eingetreten. Erster Redner ist Wiesenthal-Berlin, der in sehr langen Ausführungen gegen den Vorstand polemisiert.

Der weitaus größte Theil der Vormittags-Sitzung wurde noch durch Reden der Vorstands- und Ausschußvertreter ausgefüllt. Von Delegirten sprachen u. A. Borhöfizer-München und Franz-Hamburg. Ersterer wandte sich auch gegen die Generalkommission, welche den Metallarbeiterverband nicht unterstütze, sondern den kleinen Zentralorganisationen noch Vorschub leiste. Wenn die Verhältnisse in dieser Beziehung keine Aenderung erfahren, so wäre es rathsam, ein kräftiges Wort zu reden. Der Verband sei stark genug, um auf eigenen Füßen zu stehen. Nach Wahl einer Kommission, welche sich mit der Maieier beschäftigen soll und nach Erledigung einiger geschäftlicher Mittheilungen trat die Mittagspause ein. In der Nachmittags-Sitzung führte Bender den Vorsitz. Es wurde in der Diskussion über die Berichte fortgefahren. Fast alle Redner brachten lokale Beschwerden vor, welche ein allgemeines Interesse nicht bieten. Zu erwähnen ist nur, daß auch H. J. Nürnberg den Standpunkt vertrat, die Generalkommission habe die Industrieverbände zu unterstützen. Sollte aber die betreffende Kommission auf ihrem bisherigen Standpunkt beharren, dann wäre eine Lostrennung des Verbandes davon eine unbedingte Nothwendigkeit. Körsten-Berlin erstattete Bericht über die mit dem Zentralverband der Former gepflogenen Einigungsverhandlungen. Um 4 1/2 Uhr wurde Schluß der Debatte angenommen und suchten die beiden Referenten im Schlußwort die erhobenen Einwendungen zu widerlegen. In Bezug auf die Stellung zur Generalkommission ist Reichel, Vorstandsvertreter, der Ansicht, daß die Generalkommission gar nicht anders handeln konnte. Wenn aber eine Aenderung eintreten sollte, so müsse dieses von den Delegirten auf dem nächsten Gewerkschaftskongress zum Austrag gebracht werden. Diesbezügliche Anträge dazu sind bei dem betreffenden Punkte der Tagesordnung zu machen. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte und persönlichen Bemerkungen wurde dem Hauptaffairer sowie dem Ausschuß Decharge erteilt. Die Dechargeerteilung für den Vorstand geschah in der Weise, daß demselben aufgegeben wurde, die Beschlüsse der General-Versammlung besser zu beachten. Nach Annahme einiger auf die Geschäftsführung des Vorstandes Bezug habender Anträge wurden die Verhandlungen auf Donnerstag vertagt.

Ueber Punkt 3 der Tagesordnung: „Agitation“ referirte am Donnerstag Segitz. Sein gut durchdachter Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Vorstand unterbreitete der General-Versammlung folgenden Antrag zur Annahme:

Zur wirksamen Unterstützung des Vorstandes, zur Durchführung der Beschlüsse der General-Versammlungen und der Verbandsbestrebungen, sowie zur Regelung der Agitation werden im Wirkungsbereich des Deutschen Metallarbeiter-

Verbandes folgende 10 Bezirke gebildet: (Hier folgen die betreffenden Bezirke.)

Zur Führung der Geschäfte wird für jeden Bezirk ein Bezirksleiter vom Vorstand ernannt und aus Verbandsmitteln fest besoldet.

Die Obliegenheiten des Bezirksleiters sind die folgenden:

- 1) Leitung der Agitation in seinem Bezirk.
- 2) Eingreifen bei Lohnbewegungen und Arbeitsdifferenzen nach den Bestimmungen des Statuts und den Anweisungen des Vorstandes.
- 3) Vornahme von Revisionen in den zu seinem Bezirk gehörigen Verwaltungs- bzw. Geschäftsstellen.
- 4) Schlichtung bzw. Untersuchung von Differenzen der Mitglieder untereinander.
- 5) Ausführung sonstiger ihm vom Vorstand im Verbandsinteresse erteilten Aufträge und durch das Statut ihm zufallenden Obliegenheiten.

Die 10 Bezirksleiter, der jeweilige Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Berlin, sowie die gegen Befolgung angeordneten Mitglieder des Vorstandes bilden den ergänzenden Ausschuß des Vorstandes und sind bei wichtigeren Anlässen nach Bedarf, mindestens jedoch im Jahre zwei Mal, zu einer Sitzung zusammenzuberufen.

Zu den Beratungsgegenständen des ergänzenden Ausschusses gehören:

- 1) Aufstellung eines Aktionsprogramms für den Verband, sowie für einzelne Branchen.
- 2) Taktik bei Lohnbewegungen und der Agitation.
- 3) Begutachtung von Tarifvertrags-Entwürfen.
- 4) Begutachtung der Tagesordnung zu den ordentlichen und außerordentlichen General-Versammlungen.
- 5) Mitwirkung bei Feststellung des Wahlreglements für die Proportionalwahlen zu General-Versammlungen und sonstige Verbandsvertretungen, sowie Festsetzung der Wahltag.
- 6) Beschlußfassung über etwa abzuhaltende Bezirks- oder Branchenkongresse.
- 7) Berathung des Vorstandes in allen von letzterem gewünschten Verbandsangelegenheiten und Erledigung sonstiger durch das Statut ihm übertragenen Obliegenheiten.

Neuer Paragraph. Zur wirksamen Unterstützung der Bezirksleiter, zur Erörterung taktischer Fragen, sowie zur Erleichterung der Durchführung der Generalversammlungs-Beschlüsse können nach Bedarf Bezirks- oder Berufskongresse abgehalten werden.

Die Einberufung einer Bezirkskongress erfolgt nach Verständigung mit dem Vorstand durch den Leiter des betreffenden Bezirks.

Zur Entsendung von Vertretern auf die Bezirkskongresse ist jede von Bezirk gehörige Verwaltungsstelle berechtigt. Die Zahl der Abgeordneten richtet sich nach der Stärke der Mitgliedschaft und beträgt bei einer Mitgliedschaft bis 100 einen, bis 500 zwei und über 500 drei Abgeordnete. Die Wahl erfolgt in einer Mitglieder-Versammlung.

Berufskongresse können nur vom Vorstande nach Verständigung mit dem ergänzenden Ausschuß einberufen werden, und wird für diese die Zahl der auf jeden Bezirk entfallenden Vertreter durch den Vorstand und den ergänzenden Ausschuß gemeinschaftlich festgesetzt.

Für die Wahl der Vertreter zu einer Berufskongress gelten die für die Generalversammlungs-Wahlen gültigen Bestimmungen des Statuts.

Die aus der Einberufung und Besichtigung etwaiger Kongresse erwachsenden Kosten trägt die Verbandskasse, und sind für Reisekosten, Diäten und die Entschädigung an Arbeitsverdienstausfall die Bestimmungen des § 17, Abs. 5, in Anwendung zu bringen.

Die Diskussion über diese Anträge war eine sehr rege. Die meisten Redner waren für Gaueintheilung, nur fanden

dieselben die Gaue zu groß resp. nicht richtig abgegrenzt. Die Gauleiter sollen nicht vom Vorstand bestimmt, sondern von den Bezirkskongressen gewählt werden.

Segitz gab die Erklärung ab, daß er in Bezug auf die Anstellung von Gauleitern folgenden Vorschlag unterbreite: Die Bezirkskongress bringt die betreffende Person in Vorschlag. Aus den nächsten Zahlstellen, unter Berücksichtigung der einzelnen Berufe, soll dem Gauleiter ein Beirath beigegeben werden, um demselben die Arbeit zu erleichtern. Deisinger gab die Erklärung ab, daß er das auf dem Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. abgegebene Versprechen, die Pensionsangelegenheit auch den Vorständen der Krankenkassen in Hamburg zu unterbreiten, auch ausgeführt habe. Es ist auch eine Kommission gewählt, dieselbe habe aber bis jetzt noch nichts von sich hören lassen.

Nach längerer Diskussion wird beschlossen, die Frage der Gaueintheilung einer Kommission zu überweisen. Hierauf wird über das Pensionsstatut, welches aus der Diskussion ausgeschieden war, debattirt. Legien, Vorsitzender der Generalkommission, giebt die Erklärung ab, daß die Generalkommission sich gleich nach dem Gewerkschaftskongress mit dieser Frage beschäftigt habe. Der Entwurf ist fertig und wird vor Stattfinden des nächsten Kongresses veröffentlicht. Legien ist damit einverstanden, wenn der Metallarbeiterverband mit gutem Beispiel vorangeht. Hierauf wurde nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschlossen, über diesen Punkt nicht weiter zu verhandeln und die Sache zurückzustellen, weil der nächste Gewerkschaftskongress über diese Materie beschließen wird. Nach Bericht der Zeitungskommission erfolgte Schluß der Sitzung.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Nach einer Meldung aus Schweidnitz (Schlesien) traten wegen Tarifstreitigkeiten 500 Steinarbeiter im Striegauer Kreise in den Ausstand.

Keine direkte Gesundheitschädigung. Der „Verband deutscher Köche“ hatte an den deutschen Reichstanzler petitionirt und erjucht, die in vielen Küchen zu Tage tretenden sanitären Mißstände durch gezielte Maßnahmen zu beseitigen. Darauf ist dem Verbands jetzt, nach etwa Jahresfrist ein Antwortschreiben des Ministers v. Posadowsky zugegangen, in dem es heißt, die Untersuchung von 3500 Küchen im Reiche habe ergeben, daß durch die Beschaffenheit derselben eine direkte Gesundheitschädigung nicht stattfinden könne. Die Erhebungen sind natürlich, wie üblich, von der Polizei ausgeführt worden, deren Weisheit und Sachkenntniß ja in Deutschland Alles überlassen wird. Man frage nur einmal das Personal selbst, ohne Beisein des Unternehmers, und man dürfte zu einem anderen Resultat gelangen.

Beiträge zu dem Kapitel „Leutenoth auf dem Lande“ oder: Agrarische Humanität. Der Mangel an Räumen zur Unterbringung erkrankter Wanderarbeiter auf dem platten Lande hat im Kreise Dithmarschen ein Einschreiten der Behörde zur Folge gehabt. Vor einigen Wochen ist es nach der „Volksztg.“ vorgekommen, daß eine russische Arbeiterin auf einem Gute bei Nauen an den schwarzen Poden erkrankte. Leute des Gutes fuhren nun mit der Kranken mehrere Stunden vergebens umher, bis, auch in Anbetracht der großen Ansteckungsgefahr, der Kreisarzt in Spandau, dem der Bezirk Ruhlleben unterstellt ist, gewährte, daß die Kranke in der Isolirbaracke des Auswandererbahnhofs Ruhlleben aufgenommen wurde. Dieser Vorfall hat zu einer Beschwerde bei der Regierung Anlaß gegeben, und nunmehr hat das Landrathsamt in Nauen eine Verfügung an die Gemeinden erlassen, daß in allen Ortschaften, wo auswärtige Wanderarbeiter beschäftigt werden, Räume zur ordnungsmäßigen Unterkunft für er-

Cirkusblut.

Roman von Heinrich Lee.

10. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Hinter einem stolzen, von einem goldenen Gitter umgebenen Denkmal, zeigte sich jetzt die frisch aufgeworfene Gruft, um die sich bereits einige Neugierige gesammelt hatten, alles Frauen mit Wickelbännen in den Händen, die hier die Gräber ihrer Verstorbenen pflegten. Auch die Arbeiter, die grauen Leichentücher in den Händen, warteten schon — weiße Leichentücher kosteten noch drei Mark extra. Auf dem Sarge ruhte noch der Helm und Degen. Schwester Martha hob beides lautlos ab und nun senkten die Arbeiter den Sarg hinab. Abwärts der Gruft stand ein Mann mit einer Sammelbüchse in der Hand. Dann trat der Herr Prediger auf den aufgeworfenen Erdbügel und hielt über den Verstorbenen eine kleine Rede, die er mit der Bitte um ein stilles Gebet schloß. Die Männer hielten dabei ihre Hüte ans Rinn und die Frauen, die bisher über den Todten, obwohl er ihnen nicht bekannt gewesen, bittere Thränen vergossen hatten, falteten nun still die Hände und sahen einige kurze Augenblicke zu Boden. Brunos Augen waren starr in die Gruft hineingerichtet auf die gelbgestrichenen Bretter mit den beiden grünen Kränzen. Zum Schluß wandte sich der Herr Prediger mit einigen abermaligen Trost- und Mahnworten an Bruno selbst, aber sie waren vergeblich gesprochen. Von dem, was um ihn vorging, wußte Bruno nichts. Auf seiner Schaufel reichte ein Arbeiter dem Herrn Prediger nun die Erde. Der Herr Prediger sprach inbrünstig seine Segensprüche, dann reichte der Arbeiter die Schaufel auch Bruno hin.

Bruno rührte sich nicht. „Nimm, Bruno, und thue wie du es von mir gesehen hast“, wußte der Prediger milde sagen. Bruno rührte sich noch immer nicht, bis der geistliche Herr zu ihm herantrat

und ihm die Hand an die Schaufel legte. Dann warf auch Schwester Martha drei Hände voll auf den Sarg und die Zeremonie war nun vorüber. Der Herr Prediger und Schwester Martha, indem sie Bruno an der Hand nahmen, wandten sich dem Ausgange zu und grell und hart tönten hinter ihnen die Schollen, welche die Arbeiter jetzt in die Gruft stürzten.

Dann trabte der Wagen mit seinen Insassen der Stadt wieder zu. Der Herr Prediger und Schwester Martha urtheilten sich jetzt reger als vorher, und namentlich die geistlichen Verhältnisse im Stift, über die Schwester Martha vortrefflich unterrichtet war, interessirten den Herrn Prediger jetzt derart, daß er sowohl wie Schwester Martha Bruno, der vor ihnen in der Dunkelheit wie ein kummer Stod darsaß, nach und nach völlig vergaßen.

Auch über den weiten öden Platz, auf dem der Cirkus stand, begann sich die Dunkelheit zu lagern. Aus der hohen Kuppel des Gebäudes strahlte aber schon taghell das elektrische Licht und unten an der Kasse drängte sich in langen Reihen das Publikum. Endlich wurden die Thüren geöffnet und in wilder Jagd stürmte derjenige Theil des Publikums, der vor dem Aufgange zur oberen Galerie gewartet hatte, hinauf.

„Hier müssen Sie kommen, Freiboten, dort geht's rein!“ sagte laut und energisch vor der Manege eine stattliche Frau zu ihrer Begleiterin, einer etwas veräppelt aussehenden älteren Dame.

Frau Schäffer befand sich heute im Besitz von zwei Parquetbilletts. Beide Damen waren auf den nummerirten Sitzen die ersten. Ein reich mit Gold bestickter Biletteur wies die Damen zurecht, Frau Schäffer befandte indes durch die Grandezza ihrer Haltung, daß sie sich selbst von einem Manne, der Gold und Treffer auf dem Leibe trug, an diesem Abend nicht imponiren ließ. Frau Schäffer war jetzt keine Dame mehr, die für andere Leute Oberhemden plättete. Sie war heute die Mutter einer angehenden Künstlerin. Der

Cirkus füllte sich. Niemand sah Frau Schäffer mit besonderer Aufmerksamkeit an. Niemand ahnte eben, was diese anscheinend so schlichte Frau zu bedeuten hatte.

Die Vorstellung begann. Frau Schäffer begriff innerlich nicht, wie Frau Freibote zu all den gewöhnlichen Produktionen der Reiter, Akrobaten und Clowns ein so theilnahmvolles Gesicht aufsetzen konnte. Diese Sachen schienen ihr heute unfähig gleichgültig zu sein. Die Pantomime mit dem Ballet kam erst nach der großen Pause. Frau Schäffer hatte sich vorgenommen, nicht mehr aufgeregt zu sein, sondern gänzlich ruhig zu bleiben. Doch nun mußte den Leuten gefallen. Sie hatte Dorchchen — für die Pantomimmitglieder führte am Abend in das Gebäude eine schwere Thür — wenigstens in die Garderobe begleiten wollen, der Eintritt dort wurde ihr aber verweigert; sie hatte Dorchchen nur abliefern dürfen.

Der Garderobenraum, in dem sich jetzt Dorchchen mit etwa fünfzig andern Mädchen befand, diente am Tage als Schneiderwerkstatt. Hier saßen die Kostümmäherinnen, denn die für das Balletcorps und die Statistiker notwendigen Kostüme wurden im Cirkus selber angefertigt. Hier war auch Dorchchen vom Schneider Maß genommen worden. Als ihr dann aber nur ein einfaches weißes Tüllkleidchen angezogen wurde, was gleich vortrefflich saß, war sie ziemlich enttäuscht, sie hatte sich schon auf etwas Bunteres, das mit Gold und Schmuck verziert war, gefreut. Unter den Mädchen ging es, während sie sich ankleideten und vor kleinen Spiegeln ihre Gesichter schminkten, — einige nahmen dazu statt der theuren Schminke bloß gestochenen rothen Fingerringen — laut und lustig zu. Von ihrer Unterhaltung verstand Dorchchen nicht viel — nur soviel, daß meistens von Herren die Rede war. Eine Ausnahme machte nur wieder das blasse schwarzhaarige Mädchen. Dorchchen kannte nun auch ihren Namen. „Fiammetta“ wurde sie von Herrn Sestini gerufen. Auch Fiammetta stand vor einem Spiegel ganz dicht vor Dorchchen und putzte sich das Gesicht, aber ihr

krankte Personen bereit gehalten werden müssen. Die in Betracht kommenden Gemeinden werden zu diesem Zweck Baracken errichten. Ein anderes Bild: 23 galizische und russische Leute werden vom Regierungspräsidenten zu Potsdam gesucht, die auf dem Gute Bruntendorf beschäftigt waren. Russen und Galizier sind im allgemeinen nicht verwöhnt. Wie muß also die Behandlung dieser Leute gewesen sein, daß sie ihren bisher verdienten Lohn im Stiche lassen und davonlaufen.

Der Kongress der christlichen Gewerkschaften in Breslau nahm eine Resolution an, in welcher die christlichen Arbeiterorganisationen aufgefordert werden, dem Ausbau der Krankenkassen ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Ferner fand folgende Resolution Annahme: „Der dritte Kongress christlicher Gewerkschaften sieht in der im Reichstag bereits in zweiter Lesung angenommenen Reform des Gesetzes betreffend Gewerbegerichte, besonders in der Erweiterung der Tätigkeit derselben durch Einführung des Verhandlungszwanges vor dem Einigungsamt, einen erfreulichen Fortschritt zur friedlichen Beilegung gewerblicher Streitigkeiten. Die christlichen Gewerkschaften protestieren entschieden gegen die Versuche verschiedener Unternehmerverbände, den Verhandlungszwang auf dem Boden der Gleichberechtigung aus den Reformbeschlüssen des Reichstages wieder zu beseitigen; sie fordern die Reichsregierung und die politischen Parteien auf, diesen Bestrebungen keine Folge zu geben. Die christlichen Gewerkschaften haben zu der Reichsregierung das Vertrauen, daß sie den in der Novelle zu dem fraglichen Gesetze enthaltenen Reformbeschlüssen des Reichstages ihre Zustimmung nicht vorenthalten werde.“

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Durch eine Ohrfeige getödtet wurde der 40 Jahre alte Bauarbeiter August Lehmann in Berlin von dem Kutcher Otto Trieb. Trieb, der sich des besten Vermögens erfreut und 15 Jahre auf einer Stelle arbeitete, gerieth mit Lehmann in Streit und verjegte ihm eine Ohrfeige, so daß dieser sofort zu Boden stürzte und nach ein paar Stunden starb. Der Thäter wurde verhaftet. — Wie aus Coburg gemeldet wird, wurden im Basaltwerk zu Simmelhausen zwei Steinarbeiter, bei Gleichermaßen zwei Arbeiter vom Blitz erschlagen. Auch auf einem Neubau in Saalfeld wurde ein Arbeiter vom Blitz erschlagen, ein anderer gelähmt. — Bei der Probebelastung brach Freitag Vormittag nach einer Meldung aus Hildburghausen die neuerbaute Fußgänger-Ueberführung auf Bahnhof Themar plötzlich zusammen. Drei Personen sind schwer, mehrere andere leichter verletzt worden. — Der Vorsteher einer Privatschule in Dönanbrück, Passig, wurde dieser Tage wegen Sittlichkeitsvergehen an seinen Schülerinnen von der dortigen Strafkammer zu einer Strafe von nur anderthalb Jahren Gefängniß verurtheilt. Passig, ein Theologe, machte sich dadurch einen gewissen Namen, daß er besonders erweckliche Artikel für Sonntagsblätter u. dergl. zu schreiben verstand. — Ein internationaler Mädchenhändler wurde in der Person des „Versicherungsinpektors“ Wilhelm Heuser, in Amsterdam wohnend, von der Strafkammer in Düsseldorf zu 3 Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen verurtheilt. H., der aus dem gleichen Anlaß mit 4 Jahren Zuchthaus vorbestraft ist, hatte unter falschen Vorspiegelungen deutsche Mädchen in berühmte holländische Häuser geliefert und war schließlich auf den holländischen Boden verhaftet worden. — Vor der Strafkammer in Pagen i. W. stand der 24jährige Elementarlehrer Rud. Helmholtz unter der Anklage, eine Reihe von unmoralischen Handlungen an Schulfrauen begangen zu haben. Der Angeklagte, der jede Schuld leugnete, wurde nach vierstündiger Verhandlung unter Annahme milderer Umstände zu zweieinhalb Jahren Gefängniß verurtheilt. — Die „Sternberg-Affäre“ in Böhmen zieht immer weitere Kreise. Angehörige der sog. besten und vornehmsten Kreise sollen in den Skandalprozessen verwickelt sein. Es geht das Gerücht, daß ein Affessor in Untersuchungshaft genommen worden sei, weil er in dem Verdacht stehe, sich als Sternberg belüppigt zu haben, gegen einen Zahnarztmeister und dessen Frau, die ebenfalls verhaftet worden ist, ist bereits eine Anklage wegen Kuppelei erhoben worden. Sie sollen für die in den Sternbergprozessen verwickelten Mädchen Absteigequartiere unterhalten haben. — Aus Mainz meldet die „Frl. Ztg.“: Der Gärtner Hora in Kastel, der erst seit einigen Wochen verheirathet ist, schleppte in der Dienstag-Nacht seine Frau bei einem Spaziergang zu einem Sternbruch und versuchte, sie zu erdrosseln. Dabei wurde er von Krämpfen befallen, und die Frau konnte fliehen. Als Hora Mittwoch von der

Polizei verhaftet werden sollte, lief er, verfolgt von Schutzleuten, an den Rhein und stürzte sich in den Strom. Pflösch schwamm er wieder zum Ufer und ließ sich festnehmen. — Ein Blitzstrahl warf bei Kaiserslautern 6 Feldarbeiterinnen zur Erde. Eine von ihnen wurde getödtet, die übrigen erlitten Brandwunden. — In Ulriceham (Schweden) fand am 22. Mai ein größeres Feuer statt, bei dem zwei Menschen umkamen; jetzt hat ein der Brandstiftung verdächtiger Arbeiter eingestanden, das Feuer vorzüglich angelegt zu haben. — Aus Umea (Schweden) wird berichtet, daß 6 junge Arbeiter, welche sich am Pfingstsonnabend im Boot nach ihrer Wohnstätte begeben wollten, mit dem Fahrzeug gekentert und ertrunken sind; zwei Leichen sind bereits geborgen. — Im Gouvernement Jenisseisk (Sibirien) veranstaltete die russische Bevölkerung in mehreren Dörfern am Ostersonntag eine Tatarenhetze. Mehr als dreißig Tataren wurden getödtet und ebensovielen schwer verwundet. Die in jenen sibirischen Dörfern ansässige Tataren sind zum größten Theil unverbesserliche Pferdediebe, und dieser Umstand rief die Ausschreitungen hervor. Mehr als 50 Tataren werden vermißt. 36 russische Bauern sind bereits verhaftet und in das Gefängniß nach Kamsk gebracht worden. Die Verhaftungen dauern fort.

Die antisemitische Presse versucht aufs neue, das Verschwinden eines zweijährigen Knaben Fritz Pfister, der im Juli 1900 in Uebermashofen bei Pappenheim vermißt wurde und dessen Leichenreste, von den Thieren des Waldes zernagt, im September gefunden wurden, nach der „Frankf. Ztg.“ als einen Ritualmord auszubedenken und auszubeuten. Das Wiener „Deutsche Volksblatt“ greift den Fall mit Eifer auf und destillirt daraus nach dem Konitzer Rezept die frivolsten Verdächtigungen gegen die Juden, gegen die Behörden, gegen die Presse. Daß die Untersuchung, die seinerzeit mit großer Energie geführt wurde, nicht den geringsten Anhaltspunkt für die abentheuerliche Hetze ergeben hat, braucht nicht hervorgehoben zu werden, kennzeichnet aber die bodenlose Nichtswürdigkeit dieser antisemitischen Presstorte.

Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist der Gemeindevorsteher Pravit in Medenau im Landkreise Königsberg auf ein sehr einfaches Mittel verfallen. Derselbe hat nach dem „Vormärk.“ an den Hausbesitzer, der dem aus Wärmalbe nach Medenau verzogenen Händler Petrus eine Wohnung vermietet hat, folgendes Anschreiben gerichtet: „Der Sattlermeister und Eigentümer Gustav Rehberg wird hiermit angefordert, den Einwohner Handelsmann Heinrich Petrus aus seiner zu Dorf Medenau gehörigen Wohnung zu entfernen, da derselbe ein gefährliches Individuum ist und die Gemeindevorteilung denselben deshalb hier in Dorf Medenau nicht duldet. Die Gemeindevorteilung erhebt gegen die Einwohner Petrus Protest und lehnt alle weiteren Eventualitäten, welche durch Petrus dem Dorf Medenau entstehen könnten, ab, und Sie werden dafür verantwortlich gemacht, alles allein zu tragen.“ Während ist die völlige Gesetzesunkenntnis eines solchen Gemeindevorstehers in Bezug auf das Recht der Neuanziehenden. Vielleicht hat derselbe einmal in der Zeitung gelesen, daß im Kreise Jandke-Belzig der Landrath auf diese Weise eine sozialdemokratische Genossin aus dem Orte fortgebracht hat. Derselben war aber nicht von einem Privatmann, sondern von einem Gemeindevorsteher eine Wohnung eingeräumt worden, in Bezug auf den Landrath seinen disziplinarischen Einfluß geltend zu machen.

Ueber eine „schneidige“ Gensdarmthat wird aus Groß-Hüden gemeldet: Am 27. Mai, Abends, ereignete sich bei der August Willen'schen Gastwirtschaft ein aufregender Vorfall. Um 11 Uhr bei der hiesigen Fußweiche Schradler in derselben Feierabend. Das zahlreiche Publikum verließ, wie der „Hild. Allg. Ztg.“ berichtet wird, die Wirtschaft, hielt sich jedoch noch längere Zeit auf der Straße auf. Es entstand ein allgemeiner Aufruhr, und nun nahm der Gensdarm mehrere Verhaftungen vor. Seiner Aufforderung, die Straße zu räumen, wurde wohl nicht gleich Folge geleistet, und so sah sich Schradler veranlaßt, von seiner Schusswaffe Gebrauch zu machen. Schmer verlor die Wunde die Fabrikarbeiter W. Hein zu Boden. Man brachte den Verwundeten in die Wirthschafts-Küche, wo ihm vom schnell herbeigeeilten Arzte ein Nothverband angelegt wurde. Die Verletzung besteht in einer starken Knochenzer splitterung, indem die Kugel von hinten (!) durch die Wade gegangen ist. Der solofale Blutverlust und die äußerst gefährliche Natur der Verletzung bedingten die umgehende Beförderung in das Krankenhaus

nach Hildesheim. Sein ist erst 9 Monate verheirathet und Vater eines Kindes.

Die grausame That einer bösen Stiefmutter fand dieser Tage vor der Strafkammer des Landgerichts zu Neu-Ruppin ihre Sühne. Angeklagt war der Ackermeier Schütte und seine Frau zweiter Ehe, geb. Weise. Schütte besaß einen etwa 15jährigen Sohn aus erster Ehe, dem die Füße verkrüppelt waren. Außerdem hatte das Kind schon in frühesten Jugend ein Auge verloren. Dieser Junge schien der Frau Sch. verhaßt zu sein, weil er, wie sie angab, störrisch und unfolgsam gewesen sein soll. Die Stiefmutter ließ den Knaben, nachdem er schwer gearbeitet hatte, hungern. Warmes Essen bekam er überhaupt selten. Erst wurde dem Hohn ein Schüssel voll gekochter Kartoffeln vorgesetzt. War das Thier gesättigt, dann rührte die Stiefmutter von den Speisereihen, die der Hund verschmägt hatte, ihrem Stiefsohn das Mittagessen an. Als Schlafraum wurde dem Knaben von der Mutter ein Schweinestall angewiesen, der dem Schnee und Sturmwind überall Zutritt gewährte. Ja sie nahm dem Knaben am 3. Januar d. Jz., als die Kälte 15 Grad erreicht hatte, das Stroh und einen alten Mantel weg, der ihm als Schlafbede diente. Vorbeigehende Nachbarn hörten an diesem Tage ein klägliches Gewimmer aus dem ungeheilten Schweinestalle, und als sie den Stall öffneten, fanden sie in einer Ecke den kleinen Schütte, der vor Frost fast erstarrt war. Sie schlugen Lärm, aber die Eltern des Knaben öffneten nicht. Barmherzige Leute nahmen schließlich den Knaben zu sich. Die Anklage lautete auf vorsätzliche Körperverletzung mit Gefahr für Leben und Gesundheit. Der Angeklagte Schütte wurde freigesprochen, Frau Schütte erhielt 6 Monate Gefängniß unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft.

Zu welchen ungeheuren Konflikten mitunter Vohnbewegungen führen, dafür bot am Mittwoch eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Halle a. S. ein ekklatantes Beispiel. Der Maurer Hermann Richter denunzirte den bei den Arbeitern nicht in bestem Rufe stehenden Polier William Pfeiffer bei der Staatsanwaltschaft wegen Rauchens in einem Motorwagen. Pfeiffer wurde angeklagt, und in der Verhandlung beschwor nun Richter, daß er gesehen habe, wie Pfeiffer im Motorwagen rauchte. Als Gegenzeugen traten auf ein Ingenieur, ein Polizist, die sich gleichfalls im Wagen befanden, sowie der Motorwagenführer. Diese beschworen, sie hätten von dem Rauchen Pfeiffers nichts bemerkt. Darauf wurde Richter sofort verhaftet und wegen Verdachts des Meineids in Untersuchungshaft abgeführt. — Abgesehen davon, daß die Denunziation Richters kleinlich ist, muß die Verhaftung doch Verwunderung erregen, denn wenn auch drei Zeugen auszusagen, nicht bemerkt zu haben, daß der Polier geraucht hat, so ist damit doch noch nicht gesagt, daß Pfeiffer nicht geraucht und also der Denunziant falsch geschworen hat. Es muß abgewartet werden, wie sich die Angelegenheit weiter entwickeln wird, und ob man gegen Richter thatsächlich ein Meineidsverfahren einleitet.

Wegen Mißbrauch der Dienstgewalt hatte sich vor dem Kriegsgericht der 2. Division zu Augsburg der Unteroffizier Wilhelm Kreuzmann vom dritten bayerischen Infanterieregiment zu verantworten. Er war Zimmermeister eines mit Rekruten besetzten Zimmers und hat sich als solcher eine Reihe strafbarer Handlungen zu Schulden kommen lassen. In einer Anzahl von Fällen forderte er von den Leuten, wenn sie bereits zu Bett gegangen waren, Geld zu Bier und sammelte im ganzen Zimmer, wobei er theils 5, theils 10 Pfg. von jedem Mann erhielt. Hierbei übte er in einem Falle dadurch Erpressung, daß er dem betreffenden Soldaten drohte, ihn nicht schlafen zu lassen und „recht zu zwicken.“ Um sich Ruhe zu verschaffen, stand der Bedrohte aus dem Bette auf und holte aus seinem Schrank 10 Pfg. Ferner hat Kreuzmann in zwei Fällen den Rekruten, um ihnen Arbeit zu machen und sie am Ausgehen zu verhindern, ein halbes Duzend Knöpfe vom Waffentrock abgegeschnitten und einen unbedeutenden Riß im Rockfutter erweitert. Kreuzmann wurde wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt und wegen Geldbörgens von Untergeordneten in Verbindung mit einem Falle von Erpressung zu zwei Monaten Gefängniß und Degradirung verurtheilt.

Sternschanz-Viehmarkt

Der Schornsteinandel verlief gut. Hamburg, 1. Juni.
Ingenieur rüden 1330 Stück, davon vom Norden: — vom Süden — Sold. Preis: Sengschweine — 11., Verlanbisch — 11., Schwere 54—55 Mk leicht 55—56 Mk., Saue 42—50 Mk und Kerfel 52—55 Mk pr 100 Pfd.

Gericht blieb dabei traurig, und je weniger sie jemand zu beobachten schien, um so trauriger wurde es.
Die Garderobenfrau, welche die Kleider vertheilte, hatte auch Dorchchen das ihre gereicht. Dorchchen war angezogen, nur geschminkt war sie noch nicht.
„Du geh' mal zu einer hin und laß dir auch was in's Gesicht streichen!“ sagte sie.
Die Mädchen hatten alle mit sich selbst genug zu thun. Um Dorchchen schien sich aber keine bekümmern zu wollen.
„Komm her,“ sagte plötzlich Fiammetta, sich zu Dorchchen hinstreckend, als hätte sie die Worte der Garderobenfrau gehört.
Dorchchen trat zu ihr an den langen schmalen Tisch heran.
„Da heißt Dorchchen?“ fragte Fiammetta leise, ihre Hauptrolle in den roten Schminkeputz vor ihr haltend. Fiammetta schaute stumm dabei, aber auch das Lächeln blieb trübe und traurig.
„Ja, da noch Clara?“ fragte sie weiter.
„Ich habe noch eine Klara,“ erwiderte Dorchchen.
„Denn bist du glücklich, Dorchchen?“ sagte Fiammetta, beständig sich zu Dorchchen über das Haar und die Augen schielend.
„Sie sprach so leise, als wollten die andern Mädchen nichts davon hören. Es war, als trennte sie von diesen eine Scheidewand.“
„Sag deiner Mutter,“ fuhr sie fort — „sie soll dich wieder von hier fortnehmen, sie soll dich, wenn ihr arm ist, lieber etwas Uebliches lernen lassen, nur vor dem hier soll sie dich beschützen.“
Fiammetta — ihre plötzliche vom anderen Ende des Saales her herüberkommene Stimme, es war die

Stimme des Herrn Septim. Wie ein Reh, das plötzlich den lauernden Jäger gewahrt, sprang Fiammetta auf, hastig gab sie mit der Hutspitze Dorchchen auf jede Wange einen Strich, dann floh sie davon, worauf sie hinter der Thüre verschwand.
Die große Pause war gekommen. Durch den Stallgang, das Foyer, das Vestibül und den Marhall ergoß sich die Menge des Publikums. Eine Viertelstunde später lautete wieder die Glocke und der Zuschauerraum füllte sich von neuem.
„Stehen Sie jetzt doch ihre Butterknechten ein, Freiboten, Sie sind hier doch nicht auf der Galerie!“ sagte Frau Schäffer ungehalten zu ihrer Freundin.
Frau Freibote hatte ihre große schwarze Ledertasche mitgenommen, deren Inhalt beide Damen während der Pause artig zugeprochen hatten, und Frau Freibote aß noch immer.
„Man kann mit ihnen aber auch wirklich nicht auf einen anständigen Platz gehen,“ fuhr Frau Schäffer erregt weiter fort — „und ziehen Sie sich ihre Handschuhe wieder an, bloß daß man Ihnen nicht gleich ansieht, daß Sie eine Nahrungselbst!“
Widerwillig schied sich Frau Freibote an, dem so nachdrücklichem Besche ihrer Freundin nachzugeben, als plötzlich — beide Damen hatten ihren Platz an einer Ecke — der blonde stämmige Mann mit der goldenen betretenen Divree vor ihnen stand.
„Ist eine von Ihnen vielleicht die Frau Schäffer?“ fragte er.
„Die bin ich!“ erwiderte Frau Schäffer erschrocken.
„Sie möchten mal zu Frau Direktor kommen!“
Frau Schäffer hatte doch recht gehört?
„Zur Frau Direktor?“

„Ja.“
„Was soll ich denn?“
„Ich weiß nicht!“
Der Billeteur ging voran. Frau Freibote hatte ihre große schwarze Ledertasche umständlich auf den Schooß genommen, vor allen Leuten packte sie ihre Stullen wieder ein, so daß es auch der Billeteur gesehen hatte. Frau Schäffer wollte sich vor dem Mann zu Tode schämen. Ohne aber Zeit zu etwas zu haben, folgte sie ihm.
Frau Direktor Zumbusch stand, in ihr bekanntes kostbares langes Pelzcape gehüllt, in dem nun leeren Stallgang hinter dem zugehobenen Vorhang. Frau Direktor Zumbusch war eine Dame, die schon hoch in den Bierzügen stand; ihr scharf markirtes Gesicht hatte etwas ganz Männliches und wenn sie im Kostüm eines Zigeuners die ungarische Post ritt, so wollte es auch Niemand glauben, daß dieser Zigeuner nicht wirklich ein Mann war. In Sachfreien war es von der Frau Direktor bekannt, daß — wie sie auch in allen anderen Dingen eine sehr tüchtige Stütze ihres Gatten war, — die Pantomimen sämtlich von ihr erfunden und entworfen wurden und daß sie sich um das Allerfeinste dabei zu bekümmern pflegte.
„Dort steht sie!“ sagte der Billeteur zu der Frau Schäffer.
„Sie sind Frau Schäffer?“ begann die Frau Direktor sofort und ohne Einleitung nach Art von Menschen, die ihre Zeit nicht zu verlieren haben — „Sie sind also die Mutter des Kindes, das heute zum ersten Male im Ballet tanzt?“
„Zu dienen, Frau Direktor!“ sagte Frau Schäffer erschrocken.
(Fortsetzung folgt.)